Offener Brief des ZK der KPD/ML an die Jury und den deutschen Beirat des Russell-Tribunals
Seite 7

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 10 vom 10. März 1978 12. Jahrgang 50 Pfennig



Solidarität mit dem Kampf der Druckereiarbeiter!

Zehntausende von Arbeitern und kleinen Angestellten der Druckindustrie waren am Montag ausgesperrt. Zum ersten Mal seit Beginn der Aussperrungsmaßnahmen sperrten nicht nur Zeitungsverleger, sondern auch andere Druckkapitalisten, wie etwa der Klettverlag in Stuttgart, aus. In der letzten Woche wurde auch zum ersten Mal Polizei gegen die streikenden Drucker eingesetzt. Als über 100 Kollegen der „WAZ"-Druckerei in Essen, wo am Freitag ein Protest stattfand, auf eigene Initiative, unabhängig vom Gewerkschaftsapparat, in der Nacht von Freitag auf Samstag eine Blockade organisierten, um die Auslieferung einer Notausgabe zu verhindern, holten die „WAZ"-Bosse die Polizei. Mit Polizeigewalt erzwangen sie dann die Auslieferung ihrer Notausgabe.



Streikposten am Wuppertaler Verlag Girardet.

Mit nackter Gewalt, mit Aussperrung und mit Hilfe der Polizei, wollen die Druckkapitalisten ihre Profitinteressen gegen die Druckkollegen durchsetzen. Jawohl, ihre Profitinteressen. Denn es geht diesen Meinungsdiktatoren nicht um Presse- und Meinungsfreiheit, wie sie in Funk und Fernsehen behaupten. Es geht ihnen allein um ihren Profit. Das zeigte sich schon daran, daß alle Verleger sorgsam darauf bedacht waren, ihre Aussperrungsmaßnahmen so zu legen, daß ihnen das Anzeigengeschäft in den Samstagsausgaben nicht verdorben wurde. Für den Profit der Unternehmer sollen in der nächsten Zeit mit Hilfe der Einführung neuer Techniken über 60.000 Arbeitsplätze in der Druckindustrie vernichtet werden. Gegen die drohenden Entlassungen und gegen zu erwartende Lohneinbußen richtet sich der Kampf der Druckerkollegen. Deshalb muß ihnen die Solidarität aller Werktätigen gehören.

In einem Flugblatt der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO), das zur Solidarität mit den kämpfenden Druckerkollegen aufruft, heißt es: **„Ihr Kampf ist auch euer Kampf! Die Druckereiarbeiter kämpfen nicht nur für sich. Überall rollt die Walze der Rationalisierung: numerisch gesteuerte Maschinen im Maschinenbau und anderen Bereichen. Computer in Büros und Buchhaltungen, elektronische Briefbeantworter usw. Auch hier heißt das für Arbeiter und kleine Angestellte: Entlassung, Abqualifizierung, steigende Arbeitshetze, Lohnminderung und Arbeitslosigkeit. Immer mehr Bereiche und Berufsgruppen geraten in diesen Sog. Heute stehen die Druckereiarbeiter an vorderster Front im Kampf dagegen. Sie stehen für die Interessen der gesamten Arbeiterklasse. Ihnen muß darum auch die Unterstützung der gesamten Arbeiterklasse sicher sein.**

Die Kampfbereitschaft der Druckerkollegen ist nach wie vor ungebrochen. Ginge es nach ihnen, dann wären die Aussperrungsdrohungen der Unternehmer von Anfang an mit einem geschlossenen Streik beantwortet worden. Aber der IG-Druck-und-Papierapparat will keine machtvolle Aktion aller Arbeiter und kleinen Angestellten in der Druckindustrie. Er spaltet mit seinen Schwerpunktstreiks die Kampffront, und IG-Drupa-Bonze Mahlein spricht jetzt von der Möglichkeit einer „politischen Schlichtung". Und das in einer Situation, wo die Druckkapitalisten gerade beweisen, daß sie vor keinem Mittel zurückschrecken, um ihre Profitinteressen gegen die Werktätigen durchzusetzen.

Aber die Druckerkollegen werden einen solchen Verrat nicht kampflos hinnehmen! Stärken wir ihnen mit unserer Solidarität den Rücken! Für die Durchsetzung der gerechten Forderungen der Druckerkollegen! Verbot der Aussperrung in allen Formen!

Metalltarifrunde: Aussperrung bei Seppelfricke

Am Montag morgen wurde in verschiedenen Gelsenkirchener Metallbetrieben ein Kurzstreik durchgeführt. Über 3.000 Kollegen versammelten sich zu einer Kundgebung im Hans-Sachs-Haus. Als die Kollegen von Seppelfricke anschließend gegen 8.30 Uhr wieder in den Betrieb gehen wollten, fanden sie dort Schilder vor: Kein Einlaß. Bis 12 Uhr Aussperrung.

Die Empörung unter den Kollegen, die teilweise in Arbeitskleidung waren, teilweise ihre Sachen im Betrieb hatten, war groß. Aus Protest gegen diese unverschämte Provokation der Seppelfricke-Kapitalisten ging ein Teil der Kollegen an diesem Tag nicht mehr zur Arbeit.

Trotz maßloser Hetze
27% für die Oppositionelle Liste bei Cassella

Es ist wahr! Die Bosse und Gewerkschaftsbonzen bei Cassella wischen sich die Augen zweimal aus: Drei revolutionäre Arbeiter ziehen in den Betriebsrat ein! Das ist das großartige Ergebnis der Betriebsratswahl, bei der 288 Kollegen ihre Stimme den Kandidaten der „Oppositionellen Liste" gegeben hatten. Das sind 27 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Damit hätte die Liste sogar vier Kollegen in den Betriebsrat entsenden können.

Für die Cassella-Kollegen bedeutet dieser Erfolg: Keine ungestörte Mauschelpolitik mehr zwischen Betriebsrat und Cassella-Kapitalisten. Keine unbehelligte Zustimmung des Betriebsrats zu Zwangsurlaub und Kurzarbeit. Die Belegschaft hat jetzt ihre Vertreter im Betriebsrat, die keine Atmosphäre der „vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit den Kapitalisten aufkommen lassen werden, die die Forderungen der Kollegen auf den Tisch bringen werden und die Kollegen über alle Verrätereien informieren und zum Kampf um ihre Interessen organisieren werden.

Fortsetzung auf Seite 5

Kriegsschiffe für das Schahregime

Bundeskanzler Schmidt hat sich persönlich in das größte Rüstungsgeschäft seit Bestehen der Bundesrepublik eingeschaltet: Kriegsschiffe im Gesamtwert von mehr als 10 Milliarden Mark will das faschistische Schahregime bei den westdeutschen Waffenschmieden ordern. Ein Vertrag über neun U-Boote mit HDW ist schon perfekt. Weiter sollen geliefert werden: acht Fregatten, 19 Schnell- und 18 Minenjagdboote sowie sieben weitere U-Boote.

Wieder einmal hat der Bonner Staat seine eigenen Gesetze gebrochen, nach dem Waffen nicht in Spannungsgebiete geliefert werden dürfen. Mehr noch: Gegenwärtig verhandelt eine Delegation des Bonner Kriegsministeriums im Iran. Es geht um die Entsendung von Ausbildern und Spezialisten der Bundeswehr, die das moderne Kriegsgerät bedienen sollen. Das bedeutet nichts anderes, als daß damit die Streitkräfte des Bonner Staates direkt und unmittelbar beteiligt sind an den Aggressionen des Schah-Regimes gegen den Oman und andere Länder.

Auf Seite 4 bringen wir eine Stellungnahme der Betriebszelle der Partei bei HDW Kiel zu dem Waffengeschäft.

Dollar-Sturz
Verschärfter Konkurrenzkampf der Imperialisten

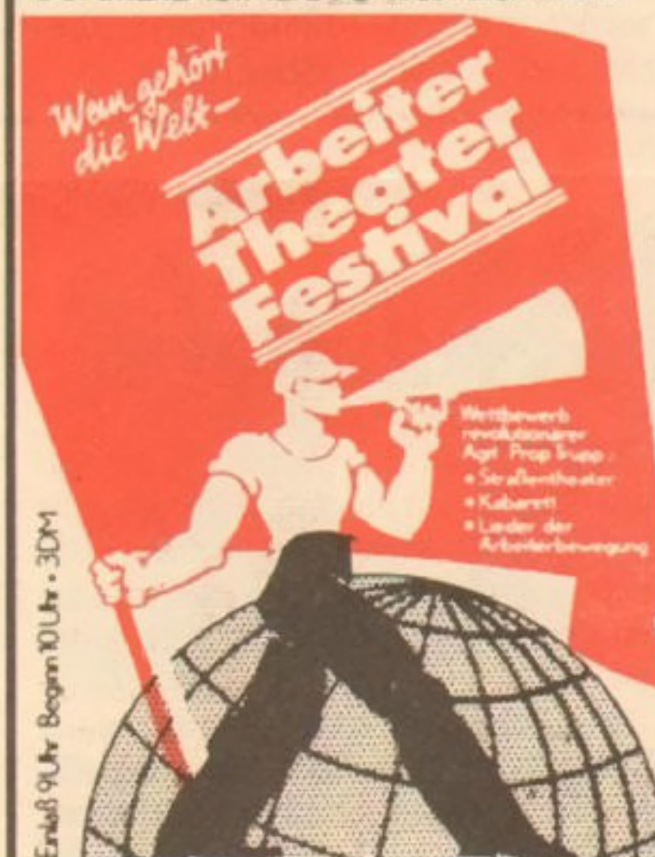
Erstmals in seiner Geschichte ist in der letzten Woche der amerikanische Dollar unter die „Schallmauer" von zwei Mark gerutscht. Nach dem Krieg noch 4,20 DM wert, über lange Jahre die Leitwährung und das Symbol des kapitalistischen Wirtschaftssystems, wurde er jetzt an manchen Bankschaltern für ganze 1,80 DM getauscht. Alle hektischen Aktivitäten der westlichen Notenbanken, umfangreiche Stützungskäufe und Kredite, konnten dem Dollar nicht entscheidend auf die Beine helfen, seinen stetigen Verfall nicht aufhalten.

Washington jedoch zeigte sich nicht beunruhigt. Als sei gar nichts geschehen, erklärten Carter und sein Finanzminister Blumenthal den abgewirtschafteten Dollar für „fundamental gesund". Und trotz aller dringenden Forderungen der europäischen und japanischen Imperialisten

Fortsetzung auf Seite 6

Arbeitertheater-Festival

Dortmund 18. März '78 Westfalenhalle 3



Am 18. März 1978 wird in Dortmund, in der Westfalenhalle III, das Arbeitertheater-Festival „Wem gehört die Welt" stattfinden. Mehr als zehn Agitprop-Theatertrupps werden erwartet. Die besten Gruppen werden ausgezeichnet. Auch die Zuschauer können die Preisträger mitbestimmen. Die Eintrittskarte berechtigt zur Abstimmung.

Außerdem singen und spielen unter anderem: „Bantelhans" (Folksonggruppe aus Münster), „Elvspeeler" (Volksmusikgruppe aus Hamburg), „Slürdanz" (Volkstanzgruppe aus Dortmund).

18. 3. 78 — Beginn 10 Uhr — Eintritt 3 DM.

AUS DEM INHALT

Gespräch des Genossen Ernst Aust mit der RGO in Hamburg 2
Millionen Metaller kampfbereit 4
Erklärung der Betriebszelle der KPD/ML bei HDW, Kiel 4
Elac, Kiel: „Was wird aus unseren Arbeitsplätzen?" 6
Prozeß gegen Günter Sonnenberg 7
Demonstration gegen Fahrpreiserhöhungen in Münster 8
Proteste gegen NPD-Kundgebungen in Düsseldorf 8
Bremen: Eltern kämpfen für gute Kindertagesstätten 8
Briefe aus dem Iran: „Wir sind sicher, der Kampf wird weitergehen" 9
Nikaragua: Bewaffnete Erhebungen der Massen 10
Brasiliens Diktator Geisel in Bonn ... 10
III. Parteitag der KPI/ML erfolgreich abgeschlossen 11

„Demokratie“ nach Art der Rassisten

Seltsame Nachrichten aus Simbabwe: Pünktlich zum Jahreswechsel, so hört man, soll dort die Macht aus den Händen der weißen Rassisten in die der schwarzen Bevölkerungsmehrheit übergehen. Darauf hätten sich Rassistenchef Smith und drei sogenannte Nationalisten, nämlich der Bischof Muzorewa, der Pastor Sithole und der Häuptling Chirau geeinigt. Wie das geschehen soll? Nun, man wird eine „demokratische Wahl“ ausschreiben. Da ist allerdings ein kleiner Haken: Es wird nämlich eine „weiße Sperrminorität“ geben. Auf deutsch: Die schwarzen Werktätigen können wählen wie und was sie wollen, entscheiden jedoch werden letzten Endes die Rassisten.

Es wird auch eine Verfassung geben, wie es sich ja gehört für eine Demokratie. Und dort ist als wichtigster Grundsatz das Recht auf Eigentum garantiert. Das heißt: Die Reichtümer des Landes bleiben weiter in den Händen der rassistischen Ausbeuter. Und was wäre solch ein Recht auf Eigentum ohne eine Armee, um es zu schützen? Wen sollte es also wundern, daß auch diese Armee, die Polizei usw. — wie in dem Abkommen mit Muzorewa und Co. ausdrücklich festgehalten — weiter unter dem Kommando der Rassisten stehen wird. Was hat sich also geändert? Nichts, außer vielleicht, daß die Truppen des Regimes, wenn sie wieder ausrücken gegen die kämpfenden Patrioten, gegen das Volk den bischöflichen Segen des Herrn Muzorewa empfangen werden.

Arbeitslosenversicherungsbeitrag steigt

Bereits im nächsten Jahr sollen die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung erneut steigen. Von jetzt 3 Prozent des Bruttoeinkommens auf 3,5 oder 4 Prozent! Das ist dann bereits die vierte Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung innerhalb von wenigen Jahren.

1971 betrug der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung noch 1,3 Prozent. 1972 wurde er auf 1,7 Prozent erhöht, 1975 auf 2 Prozent, 1976 auf 3 Prozent. Bei der letzten Beitragserhöhung versicherte die Regierung, sie sei nur „vorübergehend“ und werde bei einer Besserung der Finanzlage der Bundesanstalt für Arbeit sofort rückgängig gemacht. Nun, 1977 hatte sich die Finanzlage gebessert. Nicht nur als Folge der Beitragserhöhung, sondern auch durch rigorose Einschränkungen der Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit (Verdoppelung der Zahl der Sperrzeiten gegenüber dem Vorjahr, erhebliche Kürzung der Ausgaben für Umschulungen usw.) Und was geschah? Die Bundesregierung dachte nicht daran, ihr Versprechen einzuhalten und die Beiträge wieder auf zwei Prozent zurückzuschrauben. Stattdessen wurde beschlossen, daß die Bundesanstalt für Arbeit — wegen ihrer guten Finanzlage! — Milliarden an die Rentenkassen zahlen solle, deren Defizit der kapitalistische Staat trotz seiner gesetzlichen Verpflichtung nicht ausgleichen wollte. Und genau diese Milliarden sind es, die in den nächsten Jahren der Bundesanstalt für Arbeit fehlen! Und weil sich die Bundesregierung auch hier weigert, die fehlenden Gelder zu bezahlen, obwohl sie gesetzlich dazu verpflichtet ist, sollen die Werktätigen zahlen.

Alles nur Einbildung

Das Fernsehen hat es gemeldet. II. Programm. Am 28. Februar. Abends: Bundeskanzler Schmidt bezweifelt, daß es in der Bundesrepublik überhaupt eine Million Arbeitslose gibt. Woher er das weiß? Nun, er hat das auf den Arbeitsämtern und in den Personalbüros der Konzerne, die Arbeitskräfte suchen, beobachtet. Oder besser, er hat das dort beobachten lassen. Denn hinzugehen zu den Arbeitsämtern, wäre ihm doch wohl zu gefährlich gewesen. Nicht, daß er sich etwa gefürchtet hätte vor Terroristen, er ist doch ein mutiger Mann. Sogar den Einsatzbefehl hat er gegeben. Für Mogadischu. Nein, es ist die Liebe. Die Liebe der Arbeitslosen, die ihn in Verlegenheit gebracht hätte. Die Freude, die ihm entgegengeschlagen wäre. Der Jubel der Arbeitslosen, wenn sie aus seinem Munde erfahren hätten, daß sie gar nicht arbeitslos sind.

Wer hätte das gedacht. Arbeitslose. Eine Million. Alles nur Einbildung! Vielleicht 500.000. Wenn's hoch kommt. Nicht, daß die restlichen 500.000 arbeitsscheu wären. Das hat der Bundeskanzler nicht gesagt. Das darf man ihm nicht unterstellen. Das sagt die CDU. Nein, gegen solche Unterstellungen muß er sich entschieden verwahren. Von wegen die Arbeitslosen diffamieren. So was tut man doch nicht. Die Sache ist doch viel einfacher. Die, sagen wir mal 500.000, sind nicht etwa arbeitsscheu, es gibt sie ganz einfach nicht. Die da auf den Arbeitsämtern rumstehen, bilden sich das einfach nur ein. So eine Art Wahn. Und der Schmidt heilt sie. So wie der andere. Damals in Nazaret. Stehet auf und wandelt.

Und wenn sie nicht arbeitslos sind, dann braucht man ihnen halt auch kein Geld geben. Es ist schon so, wie der Schmidt schon immer gesagt hat: Auch die Krise gibts nicht. Die wird nur immer herbeigeredet. Vielleicht sagt er uns morgen, unser Fünfzigmarkschein sei gar nicht 50, sondern in Wirklichkeit 100 Mark wert. Das Dumme ist nur, daß man uns das im Laden nicht glaubt. Es gibt eben immer noch Menschen, denen das nötige Vertrauen in den Kanzler und das von ihm repräsentierte Gesellschaftssystem fehlt.

Gespräch des Genossen Ernst Aust mit der RGO in Hamburg

"Die Partei unterstützt den Streik der Druckereikollegen"

Kürzlich gab Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende unserer Partei, der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) im Druckbereich in Hamburg ein Interview. Wir drucken dieses Interview im folgenden ab.

Interview der Revolutionären Gewerkschaftsopposition — RGO — in der Druckindustrie Hamburg mit dem Vorsitzenden der KPD/ML und dem Spitzenkandidaten zur kommenden Bürgerschaftswahl, Ernst Aust.

RGO: Kollege Ernst, wie steht die KPD/ML zu dem jetzigen Arbeitskampf in der Druckindustrie?

Ernst Aust: Die Partei begrüßt und unterstützt den Streik der Drukkereikollegen. Einen Streik, der nicht um Lohnforderungen, sondern um die Erhaltung von Arbeitsplätzen geht. Hierin liegt seine große Bedeutung. Jedes Nachgeben, jeder Kompromiß hätte unweigerlich zur Folge, daß zig Tausende Kollegen den Arbeitsplatz verlieren würden.



Genosse Ernst Aust

RGO: Bist du der Meinung, daß dieses Problem breiten Bevölkerungskreisen bekannt ist?

Ernst Aust: Nein, es ist ja gerade das typische Verhalten der Unternehmer, der herrschenden Klasse, daß sie die Bevölkerung nicht nur im Unklaren über die anstehenden Probleme belassen, sondern direkt belügen. So versuchen die bürgerlichen Zeitungen, den Eindruck zu erwecken, daß es bei diesem Streik um die Einführung neuer Techniken ginge, und zwar in dem Sinne, daß die Druckerkollegen dagegen seien.

RGO: Wie steht die KPD/ML zur Einführung der neuen Techniken in der Druckindustrie?

Ernst Aust: Natürlich sind wir nicht dagegen. Es wäre Unsinn, gegen den technologischen Fortschritt zu sein. Wogegen wir uns aber entschieden wehren, ist, daß der technische Fortschritt zu Lasten der Druckereikollegen geht und den Bossen neue, enorme Gewinne zuschanzt.

RGO: Wie stellt sich die KPD/ML die Lösung vor?

Ernst Aust: 1. Kein einziger Kollege darf wegen der Einführung der neuen Technik seinen Arbeitsplatz verlieren oder finanziell geschädigt werden. Das heißt, die Arbeit am Bildschirm ist Facharbeit, die entsprechend bezahlt werden muß. Das gilt sowohl für die Facharbeiter der Druckindustrie als auch für anzulernende Schreibkräfte;

2. muß die unabdingbare Forderung gestellt werden, daß, bevor die Kapitalisten neue Kräfte anlernen, die betroffenen Kollegen einen neuen, gleichwertigen Arbeitsplatz erhalten. Jeder Kompromiß, wie z. B. Firmentarifverträge, ist abzulehnen. Die Lösung der anstehenden Probleme muß überbetrieblich im Bundesmaßstab und Westberlin erfolgen. Jede Umschulung, die mit einer finanziellen Einbuße verbunden ist, oder in Bereichen erfolgt (kaufmännische Tätigkeit) durch die Entlassungen praktisch nur auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden, ist nicht zu akzeptieren.

RGO: Wie sieht die KPD/ML die Beschäftigung von Redakteuren am Bildschirm?

Ernst Aust: Als eine unzumutbare Forderung der Unternehmer, durch die die Redakteure absolut überfordert werden. Ihre Tätigkeit, das heißt das Schreiben von Artikeln, Meldungen, Recherchieren, läßt in den meisten Fällen nicht zu, den Text direkt in den Computer zu geben. Die redaktionelle Tätigkeit muß von der technischen getrennt bleiben.

RGO: Die Druckindustrie hat in der Einführung der neuen Technik nach unserer Meinung nur eine Vorreiterrolle. Wie sieht Eure Partei die Auswirkung auf andere Branchen?

Ernst Aust: Die Einführung neuer Techniken in der Datenverarbeitung und der Computertechnik wird im Bereich der Druckindustrie nicht stehenbleiben. Sie wird immer weitere Bereiche, vor allem im kaufmännischen und Verwaltungssektor, erfassen. Die Kapitalisten planen schon heute bis in die 80er Jahre weitere rund fünf Millionen Arbeitskräfte zu entlassen, von denen sicher nur ein kleiner Teil wieder Arbeit finden wird.

RGO: Welche Konsequenzen ergeben sich nach deiner Meinung daraus?

Ernst Aust: Die Konsequenz, daß sich, wie sich bereits in diesem Jahr durch die verschiedenen Streiks andeutet, die Klassenkämpfe weiter verstärken und verschärfen werden. Die Kapitalisten werden wie eh und je versuchen, die Folgen der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen. Dabei werden sie unterstützt von ihren Agenturen in der Arbeiterklasse wie den modernen Revisionisten der DKP sowie den Bonzen der DGB-Gewerkschaften.

RGO: Welche Möglichkeiten siehst du, die weitere Verschlechterung unserer Lebensbedingungen zu verhindern?

Ernst Aust: Einmal durch den konsequenten Kampf für die Interessen der werktätigen Massen wie ihn auch die RGO führt. Einen Kampf, der sich nicht auf den Rahmen der bürgerlichen Legalität, der Abwehr der Angriffe der herrschenden Klasse beschränkt, sondern sie in Angriffskämpfe auf deren Bastionen verwandelt.

Zum anderen müssen wir den Kollegen immer wieder erklären, daß eine endgültige Lösung ihrer Probleme nur im Sozialismus möglich ist. Denn nur im Sozialismus wirkt sich die Einführung neuer Techniken nicht zu Lasten der Arbeiterklasse, der Werktätigen, aus, sondern zu ihrem Nutzen. Wofür die Sozialistische Volksrepublik Albanien ein leuchtendes Beispiel ist.

So sieht es die KPD/ML seit ihrer Gründung als ihre Pflicht an, alle Kämpfe zu unterstützen, die geeignet sind, bessere Bedingungen für den Kampf des Proletariats und der werktätigen Massen um den Sieg des Sozialismus zu schaffen, die spontane Bewegung der Arbeiter vom nurgewerkschaftlichen Weg abzubringen und in die Bewegung sozialistisches Bewußtsein zu tragen.

Offen gesagt ...

Augenwischerei

„Die Tarifautonomie muß erhalten bleiben“ — so und ähnlich hört man es immer wieder, sowohl seitens der Unternehmer und der Regierung, als auch von den Bonzen des DGB-Apparats.

Der Begriff „Tarifautonomie“ soll besagen, daß die wirtschaftliche Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Kapitalisten ohne Einmischung „von oben“, also seitens der Regierung bzw. des Staates vonstatten gehen soll. Das sei ein wichtiges Merkmal „unserer freiheitlichen Ordnung“.

Aber wie sieht es denn in der Realität aus? Da findet doch ständig eine Einmischung statt, und zwar in ganz offener Form. Man denke nur an die Bonner Konjunkturgutachten, an die Maßhalteappelle der Minister, an Lohnleitlinien und Konzertierte Aktion. Und kaum eine Tarifrunde mehr geht ohne Schlichtung über die Bühne, wobei die Schlichter mehr oder weniger direkte Vertreter des Staates sind.

Von diesen tagtäglich und ganz offen praktizierten Formen staatlichen Eingreifens einmal abgesehen: Der DGB-Apparat, der offiziell als „Tarifpartner“ der Kapitalisten anerkannt wird, ist ja nun alles andere, als eine vom Bonner Staat unabhängige Einrichtung. Er verwächst vielmehr zunehmend mit der kapitalistischen Staatsmacht. So sind die Bonner Parlamentarier mehrheitlich DGB-Mitglieder. Viele begannen ihre Karriere als DGB-Funktionär. DGB-Führer wie Blank, Ahrend und Leber wechselten von der DGB-Zentrale auf die Bonner Regierungsbank. Diese personelle Verflechtung setzt sich auf allen Ebenen fort. Z. B. ist es üblich, daß DGB-Funktionäre in den Stadträten sitzen, Posten in der Kommunalverwaltung übernehmen usw.

Auch die Konzertierte Aktion und die Mitwirkung des DGB-Apprats an den arbeiterfeindlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung gehören in diesen Prozeß des Verwachsens mit der kapitalistischen Staatsmacht. Dieser Prozeß wird immer mehr gesetzlich untermauert: Betriebsverfassungsgesetz, Tarifvertragsgesetz, Mitbestimmungsgesetz. Der Staat erklärt praktisch den DGB-Apparat zur einzig „legalen Interessenvertretung“ der Arbeiterschaft. Selbständige Kämpfe der Arbeiter, sogenannte „wilde“ Streiks, gelten als illegal. Von den Arbeitern selbst geschaffene Zusammenschlüsse wie die RGO werden nicht anerkannt. Wir nähern uns einer Situation, ähnlich wie im Hitler-Faschismus: Alle Organisationen waren verboten, die die Interessen der Arbeiter vertraten; nur die faschistische „Deutsche Arbeitsfront“ war legal.

Der Staat hält sich also weder aus dem Kampf zwischen Lohnarbeit und Kapital heraus, noch steht er neutral über diesem Gegensatz. Im Gegenteil: Wo die Streikbruchmanöver des DGB-Apparats nicht mehr verhindern können, daß die Arbeiter machtvoll und unversöhnlich für ihre Interessen kämpfen, greift der Bonner Staat zu offenen Gewalt- und Terroraktionen, um die Arbeiter zu unterdrücken. Man denke an die Knüppeleinsätze der Polizei bei den „wilden“ Streiks 1973.

Die Ausbeutung der Arbeiter und anderen Werktätigen zu gewährleisten, den Kampf dagegen zu unterdrücken, den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiterklasse zu sabotieren, wenn nötig, mit Terror zu zerschlagen — das sind die Funktionen des bürgerlichen Staates und des DGB-Apparats. Darüber kann kein Geschwätz von „Tarifautonomie“ hinwegtäuschen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde“. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Berichte vom Kampf der Druckereikollegen

Düsseldorf/Wuppertal: Die Kampfbereitschaft ist groß

Die Rheinisch-Bergischen Druckbetriebe in Düsseldorf und der Verlag Giradet in Wuppertal gehören zu den fünf Betrieben, in denen die IG Drupa einen unbefristeten Streik ausgerufen hat. Redakteure des „Roten Morgen" sahen sich dort um und sprachen mit den Kollegen.

Düsseldorf. In Düsseldorf hat die IG Druck bei der „Rheinischen Post" (Rheinisch-Bergische Druckbetriebe RBD) Anfang letzter Woche die Urabstimmung durchgeführt. Ergebnis: 90,7 Prozent der Kollegen stimmten für Streik.

Donnerstag nachmittag, Eingang des Druckhauses der Rheinischen Post in der Schadowstraße. Die IG Druck hat vor dem Eingang zum Druckhaus einen Informationsstand aufgebaut. Vor diesem Stand steht eine Gruppe von Kollegen, die hier sich als Streikposten abwechseln. Teilweise verteilen sie Flugblätter an die Passanten. Alle sind dabei, mit ihnen zu diskutieren, um sie über die Hintergründe und Ziele des Streiks aufzuklären.



Stand der streikenden Druckereiarbeiter in Düsseldorf.

Ein Kollege, er ist Setzer, erzählt, daß bei der „Rheinischen Post" momentan noch mit dem traditionellen Bleisatz gearbeitet wird. „Wenn die neuen Verfahren, Fotosatz und Bildschirmgeräte, eingeführt werden, sollen hier bei uns 250 Kollegen im technischen Bereich ihren Arbeitsplatz verlieren", berichtet er. Wieviele gegenwärtig noch im technischen Bereich beschäftigt sind? 310 Kollegen. Also 250 von 310 sollen „eingespart" werden. Das sind die Pläne der Kapitalisten. „Das werden wir aber nicht zulassen", sagen die Kollegen. „Deshalb stehen wir ja jetzt hier. Wir kämpfen um unsere Existenz!" Wie der Setzer uns weiter berichtet, kämpfen sie auch gegen den Abbau der Facharbeiterlöhne, wie ihn die Kapitalisten unbedingt betreiben wollen. Er selbst verdient jetzt noch über 14 Mark in der Stunde, dazu kommen die Zuschläge, z. B. für Nacht- und Sonntagsarbeit. „Die Kapitalisten wollen uns dann auf Angestelltenbasis bezahlen, als Schreibkräfte, sofern wir überhaupt an den neuen Geräten beschäftigt werden. Für mich würde das eine Lohnminderung von 1.000 Mark im Monat bedeuten. Wie soll ich dann noch leben und meine Familie versorgen können?" „Es wird ja von den Unternehmern immer groß herausgestellt, sie seien bereit, uns Umschulungen zu geben und uns im kaufmännischen- und Verlagsbereich einzusetzen", sagt ein anderer Kollege. „Aber was sind das für Arbeitsplätze, die sie uns da anbieten? Es sind z. B. Posten im Außendienst als Abbonnentenwerber und ähnliches. Das ist doch ein Hohn! Habe ich dafür einen ordentlichen Beruf gelernt?"

Die Kollegen berichten stolz: „Unser Kampf ist ein Kampf, der für alle wichtig ist. Wir stehen hier auch für die Kollegen der anderen Branchen, denn auch sie werden durch die Rationalisierung und die Einführung der Computertechnik bedroht." Gleichzeitig wird bittere Kritik gegen den DGB-Apparat laut, der bisher nichts unternommen hat, um den Kampf der Druckereiarbeiter zu unterstützen und die Arbeiter in den anderen Bereichen aufzuklären und zu mobilisieren.

Sehr empört sind die Streikenden über die Aussperrungen. Auch Passanten, die sich an der Diskussion beteiligen, äußern ihre Empörung über das skrupellose Vorgehen der Verlags-Kapitalisten. Einer der Druckereiarbeiter erklärt: „Als Antwort auf die Aussperrungen müßte der DGB einen 24stündigen Generalstreik durchführen. Die Unternehmer würden sich dann schwer überlegen, ob sie sich sowas weiterhin erlauben können!" Ein Metallarbeiter von Daimler, der auch dabeisteht, schließt sich dem voll an. „Wir müssen mit euch solidarisch sein!" sagt er. Er erzählt, daß er in seinem Betrieb unter den Kollegen dafür wirbt.

Auch auf den alten Tarifvertragsentwurf, den zurückgezogenen, kommt die Rede. „Der war nichts wert", ist die einhellige Meinung. Ein Kollege betont ausdrücklich, daß dieser Entwurf nur durch den Kampf der Basis vom Tisch gekommen ist.

Ein anderes Thema ist die unverschämte Hetze der Massenmedien, die, wie die Kollegen erbittert feststellen, fast nur die Sicht der Unternehmer und deren Lügen wiedergeben. „Man bezeichnet uns als Chaoten und Radikale, behauptet, wir seien Kommunisten. Und warum? Nur weil wir kämpfen, und zwar um unsere Rechte und unsere Existenz!"

Wuppertal. Im Wuppertaler Verlag Giradet haben die Kollegen mit 91,4 Prozent für Streik gestimmt. Vor dem Tor stehen jetzt ständig Gruppen von Streikposten. Schilder und ein großes Transparent verkünden: „Dieser Betrieb wird bestreikt." Wir waren am Freitag nachmittag dort und sprachen mit den Kollegen. Sie berichten über die Lage an ihrem Betrieb. Daß bei ihnen bereits Fotosatz eingeführt und damit schon viele Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden. „Das lief allerdings relativ unauffällig über die Bühne, mit „natürlichen Abgängen". Damit möglichst keine Unruhe und kein Widerstand entsteht. Ein Kollege: „Eigentlich sind wir jetzt schon viel zu spät dran mit unserem Streik. Schon vor Jahren hätte dieser Kampf geführt werden müssen. Inzwischen haben sie bereits viele entlassen und sehr viele Arbeitsplätze vernichtet."

Die Kollegen erläutern mir die Auswirkungen der neuen Technik. „Schon jetzt haben wir durch den Fotosatz nur noch wenige Setzer. Die nächste Stufe sind dann die Bildschirmgeräte. Damit will man dann die Setzer so gut wie ganz abschaffen". Die Kollegen berichten auch, daß die Bildschirmgeräte bereits da sind, noch verpackt stehen sie herum, und jetzt, während des Streiks, wurde mit ihrer Installation begonnen.

Die Diskussion geht natürlich auch darüber, warum nur Schwerpunktstreiks und nicht Vollstreik. Einige meinen zwar, es sei schwer, alle, auch die Kleinbetriebe, in den Streik einzubeziehen. Daß aber alle größeren Betriebe streikbereit sind und daß ein geschlossener Streik zunächst aller großen Betriebe richtig wäre, findet bei den meisten Kollegen Zustimmung. Daß die IG Druck bis jetzt nur in vier Betrieben den unbefristeten Streik organisiert, stößt auf Unverständnis. Die Kollegen sprechen die Hoffnung aus, daß es in der nächsten Woche auch in der Metallindustrie zum Streik kommen möge. „Das kann nur gut für uns sein". Es wird auch viel über die Methoden der Unternehmer diskutiert, die mit den schmutzigsten Mitteln die Unterdrükkung von Streiks betreiben." Den Kampf der Arbeiter zu unterdrücken — dazu haben sie immer genug Geld." Kollegen berichten vom Streik 1976, von brutalen Polizeieinsätzen.

Ich erzähle den Kollegen noch von der RGO. Als ich ihnen berichte, daß die RGO ein Flugblatt in großer Auflage für die Bevölkerung herausbringt, das die Bedeutung ihres Kampfes erklärt und zur Solidarität aufruft, meinen die Kollegen, das wäre eine sehr gute Sache. Es wird die Frage aufgeworfen: „Warum macht der DGB nicht ähnliches in dieser Richtung, der hat doch die Mittel dazu." Bevor ich gehe, verteile ich noch die Broschüre: „Was will die RGO?" An die Kollegen. Alle nehmen sie. Kein einziger winkt ab. „Gut — da haben wir mal was zu lesen." Zum Abschied wünsche ich den Kollegen Erfolg in ihrem schweren Kampf.

Kollegen von Gruner & Jahr gegen Verratspolitik der IG-Drupa-Führung

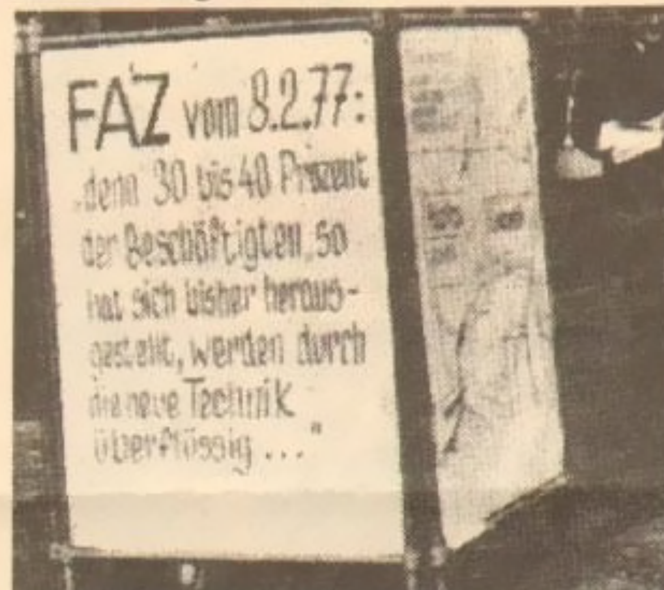
In Hamburg wurden in der letzten Woche die Druckerkollegen fast jeden Tag mit Ausgaben von „Rotdruck", der Zeitung der KPD/ML für die Hamburger Druckbetriebe, über die Entwicklung informiert. „Rotdruck" enthüllte auch, was hinter der üblen Hetzkampagne des IG-Drupa-Apparats gegen die Kollegen von Gruner & Jahr steckte. Am 28. 2. berichtete „Rotdruck": „Montag, 27. 2., 6.00 Uhr. Die Kollegen von Bauer und Utesch treten in den Streik! … Bei Gruner und Jahr, dem bisher kampfstärksten Betrieb, sind die Kollegen nicht in den Streik getreten. Eine beispiellose Hetzkampagne der IG-Drupa-Bonzen beginnt: Heinz Wolf, Mitglied des Landesbezirksvorstandes, sagte wörtlich auf der Funktionärsversammlung am Sonntag: ‚Es ist ihnen nicht klar zu machen, daß es um ihre Arbeitsplätze geht!' — Eine bodenlose Frechheit! Er weiß nur zu genau, daß es gerade die G&J-Kollegen waren,

- die seit zwei Jahren an der Spitze stehen und um einen Tarifvertrag kämpfen!
- die bereits 24 Warnstreiks und einen Proteststreik durchführten, für die sie keinen Pfennig Unterstützung erhalten haben!

Sie wollen jetzt endlich klaren Wein über die Strategie der IG-Drupa-Führung eingeschenkt bekommen! Sie wollen, daß die Voraussetzungen geschaffen werden, den Streikkampf siegreich zu führen! Sie haben es satt, von ‚Warnstreiks zu Warnstreiks und zu Proteststreiks zu stolpern.' …Die Kollegen von G&J sind keine Streikbrecher! Ihre Aktion ist gegen die Abwiegelungspolitik der IG-Drupa-Führung gerichtet!"

Die Forderungen der Kollegen von Gruner & Jahr lauteten: Information, Vorbereitung langfristiger Arbeitskampfmaßnahmen und dann Vollstreik! Außerdem forderten sie eine außerordentliche Delegiertenversammlung der IG Drupa, wo sie ihre Haltung erläutern wollten und ein Mitglied des Vorstandes Stellung beziehen sollte.

Und am 2. 3. berichtete „Rotdruck": „Gestern wurde bekannt, daß die Geschäftsleitung bei Gruner & Jahr jedem Kollegen, der nicht streikt, 250 DM gezahlt hat und weiterhin zahlen will! Damit wollen sie die Kollegen bestechen und sie als käuflich hinstellen. Doch die Gruner-Kollegen haben die 250 DM genommen und sie den ausgesperrten Kollegen in Itzehoe gegeben, die nach dem letzten Streik aus der IG-Drupa ausgetreten sind und nun keine Unterstützung mehr erhalten!"



Informationsstand der streikenden Drukker und Setzer in Offenbach.

Stuttgart: Kollegen erzwingen Streik

Die Turmhausdruckerei im Druckzentrum Möhringen in Stuttgart stellt die „Stuttgarter Nachrichten" und die „Stuttgarter Zeitung" her. 300 Kollegen arbeiten dort. Sie haben bereits zweimal eintägige Warnstreiks durchgeführt, mußten aber jedesmal am nächsten Tag das Anzeigenaufkommen nachholen. Die Empörung über die Gewerkschaftsführung war deshalb ziemlich groß. Am Donnerstag, den 2. 3., war dann die Freitagausgabe bis zur Plakatherstellung vorbereitet, als der Verleger erklärte, die Zeitung würde aus Solidarität zu den anderen Verlegern nicht gedruckt. Die Kollegen wurden mit Maschinenputzen beschäftigt.

Am Freitag sollte dann wieder für die Samstagsausgabe das gesamte Anzeigenaufkommen nachgeholt werden. Die Samstagausgabe sollte 140 Seiten haben. Daraufhin erklärten die Drucker der Frühschicht, die den nicht aktuellen Anzeigenteil vordrucken: Das machen wir nicht. Sie ließen den Betriebsratsvorsitzenden bei der Gewerkschaft anrufen und mitteilen, daß sie streiken. Wenn die Gewerkschaft nicht mitziehen würde, dann könnten sie gleich einen Papierkorb am Ausgang aufstellen, da würden dann die Mitgliedsbücher reinfliegen. Daraufhin sah sich die IG-Drupa gezwungen, für Freitag einen eintätigen Streik anzusetzen. Allerdings nur für den Turmbau, nicht für die anderen Druckereien im Druckzentrum, so daß für die Streikposten eine ordentliche Kontrolle praktisch unmöglich war. Das hatte dann auch zur Folge, daß eine Notausgabe der „Stuttgarter Zeitung", die in Ludwigshafen gedruckt wurde, erscheinen konnte.

Gleichzeitig mit dem Beschluß über einen eintägigen Streik im Turmhaus setzte die IG Drupa auch eine Urabstimmung an. Allerdings wurde bereits im Aufruf dazu erklärt, daß nur zur Urabstimmung, nicht aber zu einem anschließenden Streik aufgerufen werde.

Die Stimmung der Kollegen ist aufgrund dieser Ereignisse sehr oppositionell. Viele fragen sich, ob es mit dieser Gewerkschaft überhaupt noch einen Wert hat. Es wird darüber diskutiert, was denn eigentlich die Aufgabe der Gewerkschaft sei — die Mitgliedsbeiträge in irgendwelchen Konzernen anzulegen oder als Streikgeld bereitzuhalten. In dieser Situation fand die Broschüre „Was will die RGO?", die inzwischen an einen Teil der Kollegen verteilt wurde, große Aufmerksamkeit.

Protestaktion in Essen

Essen. In Essen rief die IG Druck am Freitag bei der „WAZ"-Druckerei zu einem befristeten Proteststreik auf. Es wurde bekannt, daß die „WAZ"-Bosse eine Notausgabe erstellen ließen. Daraufhin organisierten Kollegen auf eigene Initiative, unabhängig vom Gewerkschaftsapparat, eine Blockade für Freitag nacht, um die Auslieferung der Notausgabe zu verhindern. Es versammelten sich rund 160 Kollegen am Tor in der Schederhofstraße. Zunächst kamen die LKWs nicht durch. Dann holten die „WAZ"-Bosse die Polizei. Eine halbe Hundertschaft Polizei erzwang dann im Laufe der Nacht die Auslieferung der Notausgabe.

Kassel: Kollegen sind bereit, wochenlang zu streiken

In Kassel bei der „Hessischen Allgemeinen" streiken die Kollegen seit über einer Woche. 80,9 Prozent hatten sich in der von der IG Drupa angesetzten Urabstimmung für Streik ausgesprochen. Seitdem erscheint die Zeitung, praktisch die einzige Tageszeitung in einem Umkreis von 100 km, mit einer Notausgabe, die von den Angestellten hergestellt wird, die nicht mitstreiken. Am Montag erklärten die Verlagskapitalisten, sie würden jetzt ihre Meldungen über Radio Luxemburg senden.



Am Montag fand die dritte Streikversammlung statt. Nach der zweiten Streikversammlung am Freitag waren 500 Kollegen durch die Stadt demonstriert. Die Kampfbereitschaft unter den Kollegen ist groß. Streikposten berichten, daß fast alle aktiv mitmachen und auch Streikposten stehen. Über die Härte des Kampfes gibt es kaum Illusionen. Die Kollegen rechnen mit fünf Wochen Streik. Einige erzählen, in Dänemark sei wegen der gleichen Sache ein Vierteljahr gestreikt worden, dann habe man die Forderungen durchgesetzt. Die Kollegen sagen auch, daß ihnen keine andere Wahl bleibt als zu streiken. Denn die Fotosetzmaschinen, mit denen die Kapitalisten die Arbeitsplätze vieler Setzer „überflüssig" machen wollen, sind bereits bestellt. Werden sie eingesetzt, dann werden in ca. einem Jahr 200 Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren. (Bei der „Hessischen Allgemeinen" arbeiten 600 Arbeiter.) Ganz zu schweigen von den Lohneinbußen. Die Kollegen hoffen jetzt darauf, daß bei Metall auch gestreikt wird. Sie sagen, dadurch würde ein größerer Druck entstehen und die Kampffront insgesamt gestärkt werden.

München: Über 2.000 Drucker demonstrieren

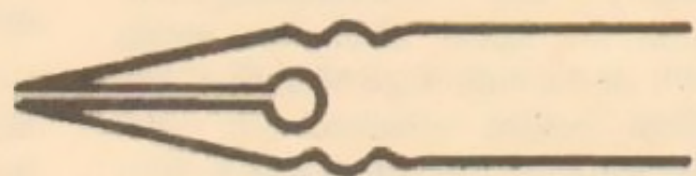
Am Sendlinger Torplatz in München versammelten sich am Montag weit über 2.000 Kollegen der Druckindustrie zur Demonstration, zu der die IG Drupa aufgerufen hatte. Die mitgeführten Transparente drückten ihre Stimmung aus: „Das Maß ist voll." Weiter: „Wir wollen keine Almosen, wir wollen sichere Arbeitsplätze!" — „Dieser Arbeitskampf ist ein Existenzkampf!" — „Für bundesweiten Vollstreik!" Das letzte Transparent, das Genossen mitgetragen hatten, wurde kurz vor Beginn der Demonstration von Ordnern der IG Drupa entfernt mit der Begründung, daß die IG Drupa nicht für einen Vollstreik sei und schon gar nicht für einen bundesweiten, sondern für Schwerpunktstreiks. Außerdem erklärten sie, daß Kommunisten bei der Demonstration nichts zu suchen hätten. Ein entlarvendes Argument! Denn die gleichen Bonzen hatten zur Demonstration einen Spielmannszug der DKP ausdrücklich eingeladen!

Der Zug ging durch die Münchner Innenstadt in Richtung Hofbräuhaus, wo sich dann über 2.000 Kollegen im überfüllten Saal versammelten. Das Hauptreferat hielt IG-Drupa-Boß Mahlein persönlich. Bei der Demonstration verteilten Genossen sehr viele Exemplare der Broschüre „Was will die RGO?" und ein Flugblatt der KPD/ML.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Brutale Ausbeutung im Kaufhaus

Liebe Genossen!

Am Montag, den 30. 1. 78, begann der WSV (Winterschlußverkauf). In unserem Betrieb (Leffers-Moden — Familienbetrieb, aber eines der größten Kaufhäuser am Ort, ca. 300 Beschäftigte) mußten wir an diesem Tag von 7,25 Uhr morgens bis 18,35 Uhr bzw. 19 Uhr (mit Aufräumen) arbeiten. Uns wurde für den ganzen Tag eine Pause von insgesamt 25 Minuten gewährt. Ihr könnt euch sicher vorstellen, wie wir unser Mittagessen da in uns hineinschlingen mußten und daß die meisten Kollegen abends total kaputt waren. Folgendes zeigt, wie Kaufhaus-Kapitalisten, Staat und Gewerkschaft zusammenarbeiten:

Bei uns müssen die Auszubildenden Schlüsseldienst machen, d. h. morgens früher kommen, um alles aufzuschließen, abends alle Türen zuschließen. Der Auszubildende am Montag war ein Kollege, der noch unter das — so hoch gepriesene — Jugendarbeitsschutzgesetz fällt, nach dem ein Jugendlicher ja nur acht Stunden in der Regel pro Tag arbeiten darf. Dieser junge Kollege arbeitete an diesem Tag von 6,45 Uhr bis 19,45 Uhr mit ebenfalls nur 25 Minuten Pause, das sind fast 13 Stunden!!!

Unser zweites und drittes Lehrjahr hat montags Berufsschule (d. h. sechs Stunden vormittags Unterricht, nachmittags frei). Für die Geschäftsleitung von Leffers war natürlich klar, daß diese Lehrlinge nicht entbehrt werden können am ersten WSV-Tag; also setzten sie sich — wie in allen Jahren zuvor — mit dem Studiendirektor Medrows der Handelslehranstalt in Verbindung. Und für die Leffers-Lehrlinge fiel der Schulbesuch „zugunsten der betrieblichen Ausbildung" aus (übrigens nur für die Lehrlinge unseres Betriebes, alle anderen Schüler der beiden Klassen hatten Berufsschule!). Daraufhin hat ein Kollege gleich bei der HBV (Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen) angerufen. Tatsächlich tat sie was. Sie riefen bei der IHK Oldenburg an (wo unser Seniorchef Vorsitzender ist) und erfuhren dort, daß die Freistellung der Lehrlinge am WSV-Tag ein „langjähriges Gewohnheitsrecht geworden wäre, wogegen sich noch niemand beschwert habe".

Die Gewerkschaftsangestellte gab den Rat, sich doch einmal an die Rechtsstelle des DGB zu wenden, um von dort Schritte einzuleiten. Also riefen wir auch dort an. Die sinngemäße Antwort des Rechtssekretärs Greulich (ehemaliger Polizist übrigens): In unserem System wäre es nicht möglich, dagegen vorzugehen. Das sei nun mal das legitime Recht der Herrschenden (sprich: dieses Studiendirektors). Die Angelegenheit wäre außerdem Sache der Schulaufsichtsbehörde. Daher wäre die Angelegenheit nicht mehr rechtlich, sondern politisch. Eine Änderung könnte nur durch politischen Druck auf die Schulaufsichtsbehörde herbeigeführt werden.

Rot Front!
Ein Wilhelmshavener Genosse.

Rationalisierung auf Kosten der Arbeitnehmer

In jüngster Zeit traten bei Fichtel und Sachs immer häufiger Fälle auf, die uns alle zum Nachdenken anregen sollten. Ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich in langjähriger Dienstzeit nichts zu schulden kommen ließen und ihre ganze Arbeitskraft der Firma zur Verfügung stellten, sollen plötzlich auf ganz gemeine Art abgeschoben werden. Viele von ihnen haben sich 10, 15 Jahre oder länger für das Unternehmen eingesetzt und in all den Jahren nur insgesamt zwei bis dreimal durch kurze Krankheit gefehlt. Doch werden diese Kollegen nun gezwungen, durch eine langwierige Krankheit für längere Zeit der Arbeit fern zu bleiben, so flattert ihnen schon nach wenigen Monaten ein Brief der Personalverwaltung ins Haus, durch die sie freundlich aber bestimmt aufgefordert werden, sich in den nächsten Tagen einmal zu melden. Finden sich unsere kranken Kollegen daraufhin mit gemischten Gefühlen bei den Angestellten der Personalverwaltung ein, glauben sie, ihren Ohren nicht trauen zu können, was sie hier zu hören bekommen. Die Unterredung verläuft in etwa so: „Herr oder Frau X., Sie machen (ich betone machen) in letzter Zeit häufig krank. Wäre es nicht besser zu kündigen und ganz mit der Arbeit aufzuhören?"

Kolleginnen und Kollegen, Ihr könnt Euch denken, was für einen Schock dieser Satz bei unseren kranken Kollegen hervorruft. Viele von ihnen können es sich einfach nicht leisten, frühzeitig in Rente zu gehen, da ihnen der Mann bzw. die Frau weggestorben ist und sie zudem noch unmündige Kinder miternähren müssen. Daß eine zu früh beantragte Rente für viele zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist, das ist ja nichts Neues für uns. Ich frage Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir uns derartiges gefallen lassen? Können wir doch alle früher oder später einmal mit dieser Frage konfrontiert werden. Es ist einfach eine riesengroße Ungerechtigkeit der Unternehmensleitung uns gegenüber, unsere Arbeitskraft so lange auszunutzen, so lange wir gesundheitlich in der Lage dazu sind und zu versuchen, uns im Krankheitsfall einfach abzuschieben. Denkt darüber nach, Kolleginnen und Kollegen und laßt nicht alles mit Euch machen, sondern kämpft gemeinsam gegen dieses Unrecht.

(Diesen Brief richtete eine Kollegin an den „Roten Sachs-Arbeiter", Westberlin.)

Arbeitslosenhilfe gekürzt

Genossen,

um das Jahr 1977 an schlechten Nachrichten voll zu machen, schickte mir das Arbeitsamt einen Brief, daß ab 1. 1. 78 das Arbeitsentgeld um 25 Prozent gekürzt wird. — Das Arbeitsentgeld ist die Grundlage zur Berechnung der Arbeitslosenhilfe. — Im Klartext: Die Arbeitslosenhilfe wurde ganz einfach per Gesetz für mich gekürzt. Wodurch ich deutlich unter dem Existenzminimum liege. Zynischerweise wurde ich auch noch darauf hingewiesen, daß ich Widerspruch einlegen könnte. Was natürlich für die Katz ist. Außerdem wurde die Arbeitslosenhilfe, die bisher unbegrenzt gewährt wurde, auf ein Jahr begrenzt. Während die Fettbäuche in Bonn sich immer etwas Neues ausdenken, wie sie Geld bei den Arbeitslosen einsparen können, schmieren andere die Zeitungen voll, daß wir sowieso arbeitsscheu seien und uns auf Mallorca die Sonne auf den Bauch scheinen lassen. Oder wenn wir schon hier seien, sowieso schwarz arbeiten und noch Geld vom Arbeitsamt kassieren würden, das natürlich höher ist als vor der Arbeitslosigkeit.

Nur wenn sie uns weiter so treten, sollen sie sich nicht wundern, wenn wir kräftig zurücktreten, was wohl für manche sehr unangenehm werden wird.

Rot Front!
Ein Genosse aus Westberlin.

Millionen Metaller kampfbereit

Korrespondenz — Ford, Y-Halle, Halle der Endfertigung mit 7.000 Mann am Mittwoch morgen (1. 3.). Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall gehen durch die Abteilungen und verkünden: Heute morgen um 11.00 Uhr machen wir einen Warnstreik. Bleibt an euren Maschinen stehen, setzt euch in die Frühstücksecken, macht keine großen Aufläufe, der Streik geht bis 12.00 Uhr. Dann ist Mittagspause. Um 12.30 Uhr fangen wir wieder an zu arbeiten. Betriebsräte und Vertrauensleute sind offensichtlich alle freigestellt. Sie gehen von Abteilung zu Abteilung. Ein revolutionärer Kollege wird den ganzen Morgen von Meistern und Vertrauensleuten im Auge behalten.

Als um 11.00 Uhr Streikbeginn ist, stellen die Meister, die von der Geschäftsleitung darüber informiert sind, teilweise selber die Maschinen ab. Die IG-Metall-Betriebsräte und Vertrauensleute rennen durch die Betriebe und verteilen ein Flugblatt in acht Sprachen. Darin steht: „Liebe Kollegen, Eure Interessenvertretung bittet Euch, in einer derartigen Situation sich diszipliniert und ruhig zu verhalten. Dies ist notwendig, um Vorfälle wie 1973 zu verhindern." Sie haben Angst. Jede Ansammlung von Kollegen wird sofort von einem Betriebsrat aufgesucht. Betriebsräte und Meister gehen hin und sagen: „Könnt Ihr Euch nicht ein bißchen in die Ecke stellen? Geht doch hinter Eure Maschine, das sieht ja aus wie eine Ansammlung." Ein Betriebsrat kommt in die E-Werkstatt und hetzt: „Kollegen, es sind 60 Linksradikale im Werk, die haben die Ausweise von den Arbeitern geklaut. Sobald irgendein fremdes Element in Eure Abteilung kommt und hier zum Streik aufruft, ruft uns bitte sofort an. Sagt sofort Bescheid. Das kann zu einer Katastrophe führen." Gleichzeitig bittet er die Kollegen, unbedingt nach der Mittagspause wieder mit der Arbeit anzufangen: „Wir haben den Streik diszipliniert begonnen, nur wenn er auch diszipliniert beendet wird, wird er ein Erfolg werden."

Die ganze Sache, daß die Meister die Maschinen mit abstellen, daß die Betriebsräte und Vertrauensleute durchs Werk rennen, Flugblätter verteilen und die Kollegen zur Ruhe und Ordnung aufrufen, die Warnung vor 1973 — das alles empört die Kollegen. Sie schreien ihren eigenen Vertrauensmann an: **„Ist das ein Streik gegen die Geschäftsleitung oder ist das ein Streik mit der Geschäftsleitung?"** In der Mittagspause gehen die Vertrauensleute wieder zu den Kollegen und achten darauf, daß um 12.30 Uhr die Arbeit aufgenommen wird.

Eine Reihe Kollegen sprach daraufhin vom IGM-Apparat als der Polizei der Geschäftsleitung. Das stand dann auch in einem Flugblatt der Partei, das am Tag nach dem Streik mit der Über;chrift „Und jetzt erst recht — Streik!" erschien. In diesem Flugblatt hieß es unter anderem: „Warum hetzen sie so gegen den Streik von 1973? Weil er der einzige Weg ist, um eine echte Lohnerhöhung durchzukämpfen, weil die Linie des IGM-Apparats dazu heißt, bloß nicht den Kapitalisten wehzutun. Deswegen hatte die Geschäftsleitung auch nichts gegen den Warnstreik, so lange er nur in der Hand der IGM-Bonzen blieb. Dem IGM-Apparat hat die Geschäftsleitung keine Steine in den Weg gelegt. Wovor allerdings beide, IGM-Apparat und Geschäftsleitung, Angst hatten, das war die Ausweitung des Streiks. Deswegen arbeiteten sie einträchtig zusammen."

Am Tag, an dem das Flugblatt erschien, wurde bei Ford noch einmal gestreikt. Diesmal waren es ca. 3.500 Kollegen im Motorenwerk, die die Arbeit niederlegten. Am Freitag streikten mehrere tausend Kollegen bei KHD. Insgesamt haben in Köln in der letzten Woche in den Großbetrieben und in verschiedenen Mittelbetrieben über 20.000 Arbeiter Kurzstreiks durchgeführt.

Unter dem gewaltigen Druck der Kampfentschlossenheit von Millionen Metallern sah sich die IGM-Führung gezwungen, für die Tarifbezirke Norwürttemberg/Nordbaden und Nordrhein-Westfalen die Urabstimmung einzuleiten. Als Termin für die Urabstimmung wurde Dienstag und Mittwoch dieser Woche angesetzt (aus Gründen des Redaktionsschlusses können wir in dieser Ausgabe des „Roten Morgen" noch nicht über die Ergebnisse der Urabstimmung berichten).

Auch in der vergangenen Woche streikten wieder Zehntausende von Metallarbeitern. Allein in Köln waren rund 20.000 Kollegen an Kurzstreiks beteiligt, davon etwa 10.000 Arbeiter bei den Ford-Werken. Das unverschämte Auftreten der Kapitalisten, ihre zynischen Aussperrungsdrohungen, ihr empörendes und schamloses Geschrei, die Arbeiter müßten Lohnverzicht üben, ihr provokatives Beharren auf ihrem sogenannten „Angebot" von drei Prozent, — all das hat die Unruhe und Kampfstimmung in den Belegschaften mächtig gesteigert. Die Kollegen drängen danach, den Unternehmern endlich die geballte Faust eines machtvollen und geschlossenen Streiks ins Gesicht zu schlagen. Streiken bis acht Prozent voll durchgesetzt sind. Das ist die Hauptforderung der Metaller, wie man sie immer und immer wieder hören kann.

Ganz anders dagegen sehen die Ziele des IGM-Apparats aus. Schamlos erklärte Loderer in einem Interview mit der Unternehmerpostille „Handelsblatt": „Die IGM will keinen Arbeitskampf". Zugleich deuten Loderer, Steinkühler und die anderen Bonzen jedoch an, daß sie größte Schwierigkeiten haben, den Kampfwillen „der Basis" abzuwiegeln; ein Streik lasse sich möglicherweise nicht mehr vermeiden. Für diesen Fall sorgt der IGM-Apparat aber schon seit Tagen systematisch vor: Mit Hilfe der bürgerlichen Presse wird die Parole: „Eine Fünf vor dem Komma" ausgestreut. In Köln auf der Ortsdelegiertenkonferenz erklärte der 1. Bevollmächtigte der IGM Malzkorn: „Wir werden den Kampf für die *Zehntelsprozente* mit unverminderter Heftigkeit weiterführen." Für die Metaller ist also höchste Wachsamkeit geboten, denn der Verrat wird bereits hinter den Kulissen eingefädelt.

Erklärung der Betriebszelle der KPD/ML bei HDW in Kiel

Nachdem die westdeutschen Imperialisten einen Großauftrag für den Bau von mindestens 16 U-Booten von dem faschistischen Schah-Regime erschacherten, wird jetzt die gesamte bürgerliche Presse zu einem Propagandafeldzug eingesetzt, dessen Ziel es ist, uns weiszumachen, daß Rüstungsaufträge, daß Waffenexport unsere Arbeitsplätze sichert. Dabei wird bewußt verschwiegen, wie es in einem unter faschistischer Herrschaft regierten Land aussieht.

Die Gewerkschaft und ihre Betriebsräte unterstützen nicht nur diese Aufträge, sondern fordern noch mehr Waffenexporte auch in andere Länder. Wenn die IGM-Betriebsräte sagen, der Waffenexport sichere Arbeitsplätze, wollen sie die Kollegen mit ein paar Brosamen täuschen. Es geht ihnen allein darum, die Arbeiter für die imperialistische Politik der Bundesrepublik zu gewinnen und den Rüstungskonzernen zu noch größeren Profiten zu verhelfen. Mit ihren Forderungen machen sich diese Gewerkschaftsfunktionäre — ebenso wie der ganze DGB-Apparat — die imperialistischen Ziele der westdeutschen Bourgeoisie zu eigen, vertreten sie also selbst die Interessen der aggressiven Monopole wie Krupp und Thyssen. Nach der Logik der IGM-Betriebsräte hätte es — wo doch die Rüstungsproduktion ständig steigt — z. B. keine Entlassungen bei HDW geben dürfen. Wir wissen alle, daß das Gegenteil der Fall ist. Bisher wurden auf HDW für Griechenland, die Türkei, Argentinien, Kolumbien, Peru, Venezuela sowie Equador U-Boote gebaut. Jetzt ist das Schah-Regime an der Reihe und damit nicht genug. Die Howaldtswerft in Kiel wird mehr und mehr auf Rüstungsproduktion umgestellt. Große Teile der Belegschaft sind in den Sonderbau (Deckname für Kriegsproduktion) verlegt worden.

Alle Maßnahmen, mit denen die Kapitalisten ihre Profite durch verstärkte Rüstungsproduktion erhöhen wollen, richten sich letztlich gegen die elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes. Da versuchen die Reformisten und Revisionisten zu verschleiern, um die Arbeiterklasse gegenüber der Ausbeutung und Unterdrückung, gegenüber der Kriegsgefahr und Militarisierung zu entwaffnen.

Aber anhand der harten Tatsachen erkennen immer mehr Kollegen: Nur der revolutionäre Kampf gegen jeden Angriff der Kapitalisten auf unsere Klasseninteressen kann uns helfen, und nur durch den gewaltsamen Sturz der Herrschaft des Kapitals kann sich das Proletariat eine gesicherte Existenz erkämpfen.

Drahtstraße III muß erhalten bleiben!



Die Drahtstraße III muß erhalten bleiben! Das forderten am 28. 2. mehrere hundert Arbeiter von Thyssen-Niederrhein in Duisburg. Bereits 1975 versuchten die Kapitalisten, die dortige Feineisenstraße stillzulegen. Daraufhin traten 1.500 Arbeiter in den Streik und verhinderten die Stillegung. Im letzten November gab es zum ersten Mal Gerüchte über die Stillegung der Drahtstraße III. Darauf traten die Arbeiter am 3. 11. in einen Kurzstreik. Man hielt sie hin. Anfang des Jahres hieß es dann, die Drahtstraße könne nur gerettet werden, wenn der Betriebsrat einem fünfmonatigen Blockstillzustand zustimme. Der Betriebsrat stimmte zu. Aber die Kapitalisten hatten gelogen. Jetzt beschloß der Aufsichtsrat die Stillegung. 450 Kollegen sollen vorerst ihren Arbeitsplatz verlieren.

Trotz maßloser Hetze

27% für die Oppositionelle Liste bei Cassella



Michael Köster, Schichtarbeiter



Dieter Müller, Betriebselektriker



Bernhard Heinz, Schichtarbeiter

Fortsetzung von Seite 1

Dieses Ergebnis ist zustandegekommen durch die unnachgiebige Haltung der 288 Kollegen, die sich weder durch Einschüchterung und Drohung noch durch die unglaubliche Hetze der IG-Chemie-Bonzen haben beirren lassen und an der Unterstützung der „Oppositionellen Liste“ festgehalten haben.

Sie hatten sich allerhand einfallen lassen, die Herren des IG-Chemie-Apparats, um die „Oppositionelle Liste“ zu Fall zu bringen.

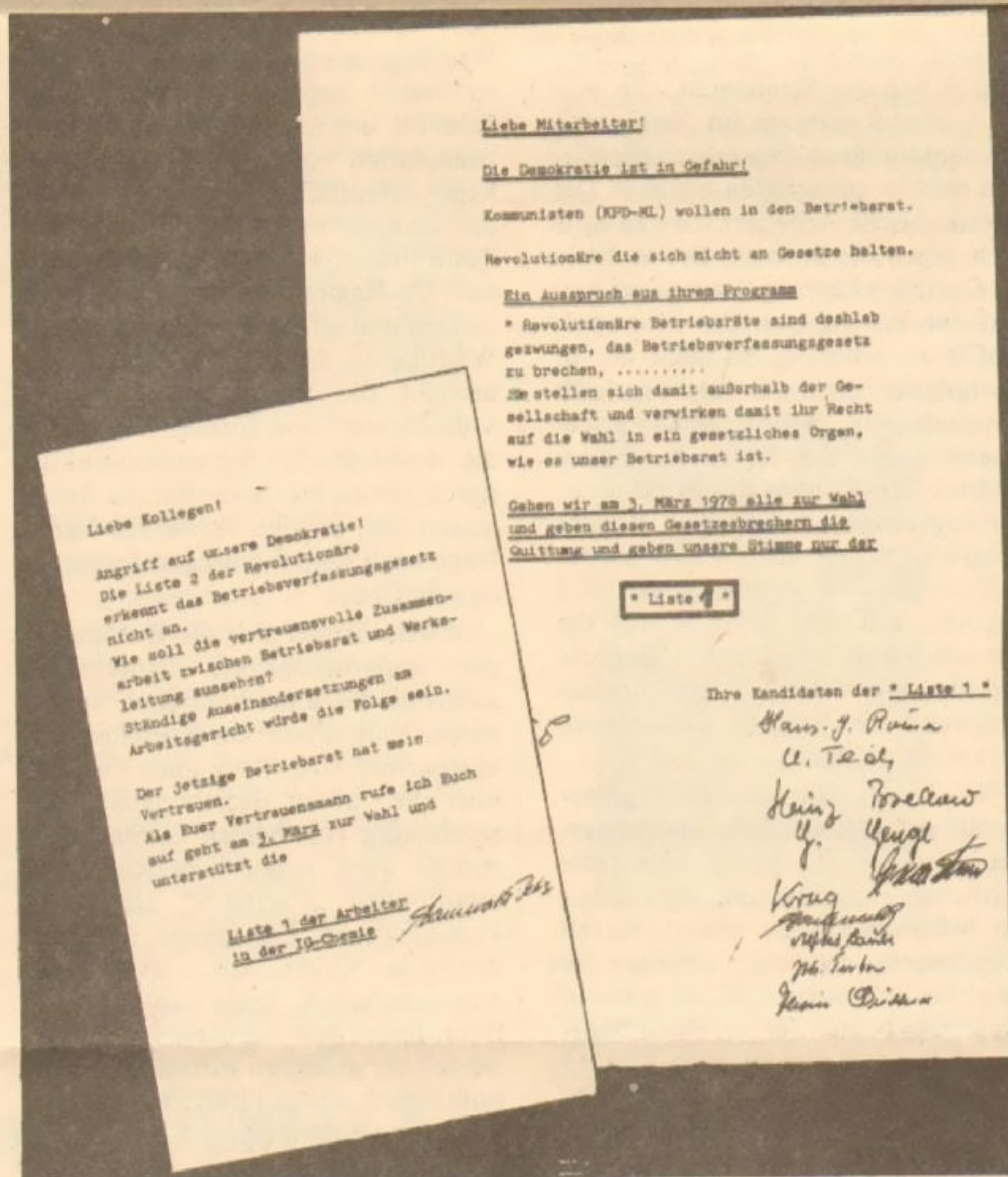
Zunächst hatten sie mit allen Mitteln versucht, das Aufstellen der Liste zu verhindern (s. RM 7/78). Aber als die Liste dennoch stand, da ging die Hetze erst richtig los. Kein Mittel ist ihnen zu aufwendig. Faltblätter aus farbigem Glanzpapier sollen die Cassella-Kollegen betören und für die IG-Chemie-Liste, die Liste des Arbeiterverrats, einnehmen. Allein an einem Tag werden von den Bonzen fünf (!) verschiedene Flugblätter verteilt, die alle eine Aufgabe haben: Zu hetzen, was das Zeug hergibt. Und das sind die Sprüche, die sie auf Lager haben: „Wer die Haß- und Hetztiraden der ‚Revolutionären Opposition‘ gelesen hat, wird sich vorstellen können, was den Cassella-Arbeitern blüht, wenn diese Sprücheklopfer im Betriebsrat etwas zu sagen hätten! Dann wäre es aus mit fortschrittlichen Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen — dann gibt es nur noch ideologischen Streit über ‚Systemveränderungen‘, ‚Klassenkampftheorien‘ und ‚Konfliktstrategien‘. Die Dummen wären die Arbeiter! Deshalb: Das bisher Erreichte nicht aufs Spiel setzen! Mit ‚Roten Zellen‘ gibt es weder längeren Urlaub noch kürzere Arbeitszeit, weder Jahresprämie noch 13. Monatseinkommen! Liste 1 wählen!“

Aber je mehr sie hetzen, um so besser wurde von Tag zu Tag die Stimmung unter den Kollegen, die diese Hetze empört verurteilten. So brachten italienische Kollegen am Schwarzen Brett ein Exemplar der Werbeschrift für die Liste 1 der IG Chemie an. Die Köpfe der Kandidaten wurden eingerahmt und mit einem Todeskreuz versehen. Darüber stand das Wort „Terroristi“ und daneben klebte ein Aufkleber mit der Aufschrift: „Wählt Liste 2!“ Dieser Aufkleber war auch zusammen mit der RGO-Broschüre massenweise verbreitet worden, und er war bald überall im Betrieb zu finden. Kollegen schrieben mit Kreide auf den Fußboden die optimistische Losung: „Liste 2 — 800 Stimmen!“ Und ein Schlosser ging durch die Abteilungen und rief den Kollegen die Parole zu: „Und was wählen wir? Liste 2!“ So erwies sich die Hetzkampagne mehr und mehr als Bumerang.

Als alles nichts mehr nützte, spannten die Bonzen auch noch den „Fechenheimer Anzeiger“, die Tageszeitung am Ort, ein. Dort erschien eine unglaubliche Reportage. Angeblich wurden 50 Kollegen befragt, die allesamt sich gegen die Liste 2 ausgesprochen hätten. Wenn es nach diesem „Stimmungsbild“ gegangen wäre, hätte die „Oppositionelle Liste“ wahrlich keine Chancen gehabt. Der „Fechenheimer Anzeiger“ läßt sich sogar dazu herab, die Möglichkeit zuzugestehen, daß doch noch einer der drei Kandidaten in den Betriebsrat kommen könnte, aber natürlich nur, wenn der eine oder andere Kollege auf die Liste 2 hereinfiele.

Das Blatt sieht sich nur in einem Dilemma: Einerseits Zweckoptimismus verbreiten zu müssen und auf der anderen Seite die Gefährlichkeit der Liste 2 herauszustellen. Diese ganze Kampagne gipfelt in dem Appell der Vertrauensleute von Cassella: „Auf, also, Kolleginnen und Kollegen, zeigen wir es denen einmal, geben wir diesen Chaoten die Quittung. Wählen wir geschlossen die Liste 1!“ Die Quittung haben sie bekommen! So sehr, daß es dem „Fechenheimer Anzeiger“ die Sprache verschlug. Noch am 4. 3. war er keines Kommentars fähig!

Der Erfolg der „Oppositionellen Liste“ bei Cassella war ein schwerer Schlag für die Kapitalisten wie für den Gewerkschaftsapparat. Er beweist, daß Lug und Trug, Drohungen und Erpressungen machtlos sind, wenn revolutionäre Kollegen entsprechend dem Programm der Revolutionären Gewerkschaftsopposition sich dem arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsapparat entgegenstellen und fest auf die Masse der Kollegen vertrauen. Er ist ein guter Auftakt für die revolutionären Listen bei BASF, Klöckner, Bosch-Siemens und all die anderen, die noch kommen werden bei dieser Betriebsratswahl.



Liebe Mitarbeiter!

Die Demokratie ist in Gefahr!

Kommunisten (KPD-ML) wollen in den Betriebsrat.

Revolutionäre die sich nicht an Gesetze halten.

Ein Ausspruch aus ihrem Programm

* Revolutionäre Betriebsräte sind deshlab gezwungen, das Betriebsverfassungsgesetz zu brechen, ...
Sie stellen sich damit außerhalb der Gesellschaft und verwirken damit ihr Recht auf die Wahl in ein gesetzliches Organ, wie es unser Betriebsrat ist.

Gehen wir am 3. März 1978 alle zur Wahl und geben diesen Gesetzesbrechern die Quittung und geben unsere Stimme nur der

* Liste 1 *

Ihre Kandidaten der * Liste 1 *

Liebe Kollegen!

Angriff auf unsere Demokratie!
Die Liste 2 der Revolutionäre erkennt das Betriebsverfassungsgesetz nicht an.
Wie soll die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Werksleitung aussehen?
Ständige Auseinandersetzungen am Arbeitsgericht würde die Folge sein.

Der jetzige Betriebsrat hat mein Vertrauen.
Als Euer Vertrauensmann rufe ich Euch auf geht am 3. März zur Wahl und unterstützt die

Liste 1 der Arbeiter in der IG-Chemie

Hetzblätter der IG-Chemie-Bonzen gegen die „Oppositionelle Liste“.

Das Kampfprogramm der Oppositionellen Liste bei Cassella

- Kampf dem Abbau der Reallöhne!
- Konsequenter Kampf für echte Lohnerhöhungen!
- Abbau der 32 Lohnstufen ohne Lohneinbußen!
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
- Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit!
- Voller Lohnausgleich bei Umsetzungen!
- Sechs Wochen Jahresurlaub!
- Kein Zwangsurlaub!
- Die Abrechnungsbögen müssen vereinfacht werden!
- Gegen Meisterwillkür und Schikane!
- Weg mit den Verwarnungen!
- Offenlegung aller Unfälle!
- Übernahme aller Lehrlinge in ihrem Beruf!
- Gegen den Abbau von Werks- und Berufsschulunterricht!
- Für Betriebsräte, die ausschließlich der Belegschaft verantwortlich und jederzeit abwählbar sind!

Zu den rechtlichen Bestimmungen für die Betriebsratswahl (Teil 8)

Festlegung der Ordnungsnummern

Wenn die entsprechenden Fristen abgelaufen sind, muß der Wahlvorstand die Vertreter aller als gültig anerkannten Listen einladen, um in ihrer Gegenwart durch das Los die Ordnungsnummern der Listen zu ermitteln. Der Losentscheid findet auch dann statt, wenn die Listenvertreter nicht erscheinen.

Die Ordnungsnummern entscheiden über die Reihenfolge der Listen auf den Stimmzetteln. Die Ordnungsnummern werden auf den Stimmzetteln als Kennzeichnung der Listen genannt, zusammen mit den Kennworten der Listen und den Namen der erstgenannten Bewerber.

Bekanntmachung der Listen durch den Wahlvorstand

Spätestens eine Woche vor der Stimmabgabe müssen die als gültig anerkannten Wahlvorschläge vom Wahlvorstand in gleicher Weise bekanntgegeben werden. Die Listen müssen bis zum Schluß der Stimmabgabe im Betrieb aushängen oder ausliegen.

Die Stimmabgabe

Zur Stimmabgabe müssen vorgefertigte Stimmzettel mit Umschlag ausgegeben werden. Man darf nicht einfach die Namen der Kandidaten oder das Kennwort der Liste, die man wählen will, auf ein Blatt Papier schreiben. So etwas ist ungültig. Die Stimmabgabe ist in jedem Fall geheim. Es muß vom Wahlvorstand die Möglichkeit für ein verdecktes Ankreuzen der Stimmzettel geschaffen werden. Die Wahlurne muß während des gesamten Wahlvorgangs verschlossen sein. Bei Unterbrechung des Wahlvorgangs muß der Einwurfschlitz der Urne versiegelt werden. Bei Wiedereröffnung der Stimmabgabe muß der Wahlvorstand über die Unversehrtheit der Versiegelung eine Niederschrift machen.

Stimmabgabe bei Abwesenheit

Bei persönlicher Abwesenheit (Krankheit, Urlaub, Montage usw.) ist schriftliche Stimmabgabe möglich. Die Unterlagen dazu müssen beim Wahlvorstand angefordert werden. Ist dem Wahlvorstand die Abwesenheit bestimmter Kollegen (z. B. wegen Außenarbeiten) bekannt, so ist er eigentlich verpflichtet, die Unterlagen für die schriftliche Stimmabgabe den Kollegen unaufgefordert zuzustellen. Darauf sollte man sich allerdings lieber nicht verlassen.

Auszählung der Stimmen

Die Auszählung der Stimmen durch den Wahlvorstand muß unverzüglich nach Abschluß der Stimmabgabe in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Meldungen aus den Betrieben

Oppositionelle Listen bei Betriebsratswahlen

Bei dem Westberliner Betrieb Pfennig und Sohn, dem u. a. die Betriebe „Möhring“, das ehemalige „Café Schilling“ und weitere Firmen angeschlossen sind, haben sich eine Reihe von Kollegen zusammengeschlossen, die auch mit einer Liste zur Betriebsratswahl kandidieren wollen. Bis jetzt erschienen zwei Flugblätter, die weggingen wie warme Semmeln und sowohl bei der Geschäftsleitung als auch beim alten Betriebsrat große Aufregung hervorriefen. • Sechs Kollegen kandidieren auf der Liste „Frischer Wind“ bei KWU in Westberlin. Sie veröffentlichten jetzt ihr Programm für die Betriebsratswahl in einem Flugblatt.

Berufskrankheiten nehmen zu

Wie der neuesten Statistik des Verbandes der Berufsgenossenschaften zu entnehmen ist, nahmen die Fälle von Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang im letzten Jahr gegenüber dem Vorjahr um 18,4 Prozent zu. Die Zahl der erstmals entschädigten Kollegen mit Berufskrankheiten stieg um 20,5 Prozent.
Die Angriffe des kapitalistischen Staates auf die Renten wirken sich auch auf die bei Betriebsunfällen Geschädigten aus. Bleibt es dabei, daß die Renten ab 1. 1. 1979 nur um 4,5 Prozent steigen, dann können die Opfer der Betriebsunfälle künftig nicht mehr mit einer Entschädigung rechnen, die ihnen bisher aufgrund des Grades ihrer Schädigung zustand.

Demonstration gegen Entlassungen

Am 21. 2. '78 demonstrierten in Rastatt 800 Arbeiter von SEL zum Rathaus. Sie protestierten gegen die Stillegungspläne, über die am gleichen Tag die ITT-Konzernleitung in Brüssel beschließen wollte.

Behinderte sind billiger

Im Januar hat die Schraubenfabrik Dorn in Herne 130 Arbeiter entlassen, „weil die Auftragslage zu schlecht und die Erträge gesunken“ seien. Im Februar verlegte die gleiche Firma die Endkontrolle für zwei Schraubentypen in eine Werkstatt für Behinderte. Die Behinderten erhalten einen an der Stückzahl orientierten Lohn, der zwischen 12 und 20 Pfg. pro Stunde liegt.

Tarifrunden

Im Baugewerbe begann jetzt die Lohntarifrunde. Der IG-Bau-Apparat fordert eine Lohnerhöhung von 7,7 Prozent und die Absicherung des 13. Monatslohns. Die Tarife sind zum 30. 4. gekündigt. • 6,8 Prozent fordert die Gewerkschaft HBV bei den Tarifverhandlungen für das Bankgewerbe. Die erste Verhandlung fand in der letzten Woche statt. • 7,5 Prozent forderte der ÖTV-Apparat in der ersten Verhandlung bei den Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst. „Unverantwortlich“ nannten die bürgerlichen Parteien diese Forderung. In unverschämter Weise versuchen sie gegen die berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter und kleinen Angestellten im Öffentlichen Dienst mit dem „Argument“ der wachsenden Arbeitslosigkeit zu hetzen. Daß sie bei ihren Plänen auf einen Lohnraubabschluß im Öffentlichen Dienst auf die Unterstützung des Gewerkschaftsapparats rechnen können, ist schon seit langem klar. Denn schon lange, bevor überhaupt die Verhandlungen anfingen, hatte ÖTV-Boss Kluncker bereits erklärt, daß für ihn der Abschluß im Hafen auf keinen Fall ein Signal sei.

Ein toter Arbeiter läßt sie kalt!

„Roter Strom“, Betriebszeitung der KPD/ML bei Felten & Guilleaume in Nordenham, berichtet: Mitte Januar brach in Halle 1 kurz vor Feierabend ein 48jähriger Kollege zusammen und verstarb kurz danach an Herzversagen. Die Kollegen mußten hilflos zusehen, weil der Werksarzt nicht sofort zu erreichen war und der Krankenwagen erst eine Viertelstunde später eintraf. „Roter Strom“ klagt die F&G-Kapitalisten an: Der Kollege könnte möglicherweise noch leben, wenn auf dem Werk eine Unfallstation mit einem ausgebildeten Krankenpfleger existieren würde. Wie die Betriebszeitung weiter enthüllt, ließen die Bosse den toten Arbeiter ins Krankenhaus schaffen und kümmerten sich dann um nichts mehr. Nicht einmal der Ehefrau ließen sie Bescheid geben.

Elac/Kiel

"Was wird aus unseren Arbeitsplätzen?"

Freitag morgen, 10. 2. '78 bei Elac in Kiel. Der „Rote Lautsprecher", die Betriebszeitung der Partei, wird verteilt. „Was wird aus unseren Arbeitsplätzen? Die Elac soll verkauft werden oder geht in den Konkurs. So hörte man es in den letzten Tagen. Die Forderungen lauten: Völlige Aufklärung über die Pläne der Geschäftsleitung auf Belegschaftsversammlungen und Abteilungsversammlungen! Bei Verkauf kein Verlust der Arbeitsplätze, keine Senkung der Löhne im allgemeinen oder durch Rationalisierung."

Freitag mittag wird der Betriebsrat zusammengerufen. Die Geschäftsleitung teilt ihm mit, daß die Firma, die total verschuldet ist, noch am gleichen Tag einen Vergleich beim Amtsgericht einreichen wird, daß Massenentlassungen von 400 Kollegen anstehen und daß die Firma geteilt würde, in Elac Nautic GmbH und Elac Phono GmbH. Am Montag, den 13. 2., dem Tag, an dem wie schon so häufig in der letzten Zeit, für den Phonobereich wieder Kurzarbeit anfangen soll, ist eine außerordentliche Betriebsversammlung angesetzt. Die Kollegen sind empört: Was wird aus unseren Arbeitsplätzen, was aus unseren Löhnen, ist die bange Frage.

Am 11. 2. war in den „Kieler Nachrichten" dann ein langer Artikel und hier, man las und staunte, meldeten sich zum ersten Mal die bürgerlichen Parteien und der DGB-Apparat zu Wort. Die CDU betrachtete die Entwicklung der Firma mit Sorge, die SPD war bestürzt. Naja, von dieser Haltung war keiner sonderlich überrascht. Größte Empörung aber rief der Kommentar des DGB hervor: „Mit Bedauern ist beim Kieler DGB die Nachricht aufgenommen worden... Der DGB appelliert an alle, die Einfluß nehmen können, weitere (!) Arbeitsplatzverluste zu verhindern. Alle Kraft muß darauf konzentriert werden, den noch verbliebenen Teil des bekannten Unternehmens zu erhalten." Das war ein Schlag gegen alle Kollegen, die entlassen werden sollten.



Zur Belegschaftsversammlung hatte die Partei dieses große Transparent aufgehängt.

Am Montag, den 13. 2., dem Tag, an dem die Betriebsversammlung stattfand, wurde der „Rote Lautsprecher" morgens verteilt. Die Verteiler konnten kaum so schnell verteilen, wie die Kollegen das Flugblatt nahmen. An 950 Kollegen wurden ca. 500 Flugblätter verteilt. Die Betriebsversammlung begann um acht Uhr in der nahegelegenen Mensa der Universität. Auch hier wurde von der Partei verteilt, und es war ein großes Transparent aufgehängt (siehe Photo).

Zuerst sprach ein Vertreter der Geschäftsleitung und der Vergleichsverwalter. Eisiges Schweigen bei den Kollegen. Keiner klatscht. Danach kam der Betriebsratsvorsitzende Schilling. Auch er erhielt keinen Beifall. Ein Vertreter des reaktionären IGM-Apparats empfahl als Alternative Umschulungsmöglichkeiten durch den DGB. Von Kampf um die Arbeitsplätze, Versammlungen, Demonstrationen kein Sterbenswort. Schließlich die revolutionären Betriebsräte. Sie zeigten in ihren Redebeiträgen auf, daß der drohende Konkurs nicht Schuld der Kollegen oder der japanischen Konkurrenz auf dem Phonomarkt sei, sondern im kapitalistischen System die Ursache liege. Die Geheimverhandlungen wurden angeprangert und die üble Rolle der Gewerkschaft dabei. Die Alternative heißt, betonten sie, und nur dies kann zum Erfolg führen, eigenständiger Kampf gegen Stillegung und Massenentlassungen. Die Reden wurden von den Kollegen positiv und mit Beifall aufgenommen.

Am nächsten Tag verteilte die IGM endlich ein Flugblatt. Wieder kein Wort von Kampfmaßnahmen. Stattdessen wurden die Kapitalisten aufgefordert, mit ihren kapitalistischen Maßnahmen den Betrieb zu retten. Die Kollegen waren sehr sauer über das Flugblatt und meinten, was Hilsebein (2. Bevollmächtigter der IGM in Kiel) wohl sagen würde, wenn sich plötzlich 350 entlassene Elac-Kollegen bei ihm zur Umschulung melden würden... Das ganze sei ein billiger Witz dieser Herren.


Ein revolutionärer Betriebsrat spricht.

Bereits am 15. 2. wurden von den Kapitalisten die ersten 25 Entlassungen ausgesprochen und Massenentlassungen angemeldet. Am 17. 2. rang sich dann auch die DAG einen Kommentar zu den Vorgängen bei Elac ab: „Warum gehen so viele Arbeitsplätze verloren...? Wir wissen es nicht mit letzter Sicherheit..." Am 18. 2. erfuhr man aus den „Kieler Nachrichten", daß die Stadt Kiel die Bürgschaft für einen erneuten Kredit für die Elac-Kapitalisten übernommen hat. Das bedeutet, daß die Elac-Kapitalisten nach der Vergleichsverhandlung, in der ja die alten Schulden gestrichen werden, mit dem verbleibenden Teil der Firma sofort voll weiterproduzieren und wieder Gewinn machen kann. Die Löhne für die Monate Februar und März, also bis zum Vergleich, werden jetzt zunächst von der Deutschen Bank bezahlt. Sollte die Firma in dem Vergleich Pleite gehen, holt sich die Deutsche Bank die gezahlten Löhne vom Arbeitsamt zurück. Bleibt die Firma nach dem Vergleich bestehen, muß sie selbst das vorgestreckte Geld zurückzahlen, was dann ja auch kein Problem mehr ist. Wie man sieht — egal ob Vergleich, Konkurs, Verkauf, die Zeche mit Entlassungen und sinkenden Löhnen bezahlen immer die Arbeiter. Die Kapitalisten dagegen fallen immer wieder auf die Füße.

Bei den Entlassungen, die jetzt vorgenommen werden, setzen sich die Kapitalisten auch über bestehende gesetzliche Vorschriften skrupellos hinweg: 13 Entlassungen kommen auf den Tisch des Betriebsrats. Zwölf werden abgelehnt. Trotzdem werden neun Kollegen entlassen, vier davon in der Alterssicherung, die unkündbar sind außer, wenn „außerordentliche Zwischenfälle" vorliegen. Sie liegen nicht vor. Trotzdem werden auch diese vier Kollegen entlassen. Weiter: Vier Betriebsratsmitglieder lehnen die Überstundenschinderei bei gleichzeitigen Entlassungen ab. Der Vergleichsverwalter redet davon, daß „Kapazität erzeugt" werden müsse. Der Betriebsratsvorsitzende genehmigt die Überstunder. Wie man sieht, erkennen die Kapitalisten nur ein Gesetz an — das des Profits.

Unsere Aufgabe ist es jetzt, den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) voranzutreiben, die Kollegen noch fester zusammenzuschließen, die jetzt schon bereit sind zu handeln. Wir werden versuchen, den Erhalt der Arbeitsplätze zu erreichen.

Dollar-Sturz

Verschärfter Konkurrenzkampf der Imperialisten

Fortsetzung von Seite 1

weigerten sie sich, den Dollar durch das US-Zentralbanksystem zu stützen. Ihre Haltung gegenüber dem Kursverfall beschrieben sie selbst mit „lässiger Mißachtung".

Aber heißt das etwa, daß den amerikanischen Imperialisten das Schicksal ihrer Währung gleichgültig wäre? Nein, ihre „Mißachtung" gegenüber dem Sturz des Dollars ist nichts anderes als ein Teil ihrer Politik, die Lasten der kapitalistischen Krise auf die Werktätigen im eigenen Land und auf andere Länder abzuwälzen. Der Dollarverfall selbst ist eine Folge dieser Krise, von der die USA stärker als manche andere kapitalistischen Länder betroffen sind. Geradezu 70 Prozent sind jetzt die amerikanischen Betriebe noch ausgelastet, das Außenhandelsdefizit hat die schwindelnde Höhe von über 60 Milliarden Dollar erreicht. 6,5 Millionen nach offiziellen Schätzungen, wahrscheinlich mehr als neun Millionen Menschen sind ohne Arbeit.

Unter diesen Umständen haben die amerikanischen Konzerne, um ihre Profite zu sichern und zu erhöhen, eine beispiellose Exportoffensive gestartet. Und dazu kommt ihnen der Verfall des Dollar gerade recht. Denn eine beispielsweise zehnprozentige Abwertung des Dollar gegenüber anderen Währungen verbilligt die US-Exporte auf dem Weltmarkt entsprechend auch um zehn Prozent, macht sie also konkurrenzfähiger gegenüber den Produkten anderer Länder. So verschaffen sich die Rockefeller, Ford, Du Pont und Ca. günstige Positionen um ihre imperialistischen Konkurrenten von den Märkten zu verdrängen.

Aber nicht nur auf die Exporte, auch auf einen wesentlichen Teil der Einfuhren wirkt sich der sinkende Kurs des Dollar günstig, das heißt profitbringend für die amerikanischen Monopole aus. Wie Carter immer wieder erklärt, sind für das Handelsdefizit hauptsächlich die gigantischen Erdölimporte verantwortlich, die sich etwa im vergangenen Jahr auf 45 Milliarden Dollar beliefern. Natürlich hat diese gewaltige Summe Auswirkungen auf die amerikanische Handelsbilanz. Tatsache ist aber auch, daß die US-Monopole gerade unter den gegenwärtigen Bedingungen des Dollar-Verfalls doppelt und dreifach am Öl-Geschäft verdienen.

Denn zum einen werden die Ölimporte in Dollars bezahlt, die ja immer weniger wert sind. Darüber hinaus haben die amerikanischen Imperialisten über ihre Agenturen wie die faschistischen Regime von Iran und Saudi-Arabien den erdölproduzierenden Ländern einen weitgehenden Preisstopp aufgezwungen. Zum anderen wandern die Öl-Dollars wieder in die Hände der US-Imperialisten zurück. Mit ihnen werden die gigantischen Rüstungsaufträge der Regime am Persischen Golf und andere Waren finanziert. So ist binnen fünf Jahren der amerikanische Warenexport in die erdölproduzierenden Länder um 250% gestiegen.

Wie man sieht, kassieren die Wallstreet-Monopole trotz Krise und Dollar-Verfall; um 16,5 Prozent konnten sie im vergangenen Jahr ihre Profite erhöhen. Bezahlen muß auch in den USA die Arbeiterklasse, bezahlen müssen die Werktätigen. Da ist einmal Carters berüchtigtes Energieprogramm, durch das die Ölimporte gedrosselt werden sollen. Dieses Programm sieht für die Werktätigen erhebliche Erhöhungen der Energiesteuern vor (bei Benzin, Heizöl usw.) Weiter soll die amerikanische Kohleproduktion bis 1985 verdoppelt werden. Die Grundlage für diesen Plan: drastische Durchrationalisierung des Kohlebergbaus auf den Knochen der Kumpel, Abbau ihrer Löhne, um die „Kohle gegenüber dem Öl konkurrenzfähig zu machen" usw.

Die Durchsetzung dieses reaktionären Programms ist allerdings am anhaltenden Kampf der Bergarbeiter gescheitert. Ein Kampf, in dem die Kumpel nicht nur ihre Löhne und einige soziale Errungenschaften verteidigen, sondern auch elementare Rechte wie das Streikrecht, die von der Carter-Regierung im Verein mit den reaktionären Gewerkschaftsführern massiv angegriffen werden. Die amerikanische Arbeiterklasse kämpft auch gegen die anderen Bestandteile des Carterschen Programms, auf Kosten der Werktätigen die Monopolprofite zu erhöhen. So sieht der in Washington Ende Januar vorgelegte Haushaltsplan neben Miliardengeschenken für die Konzerne unverschämte Erhöhungen der Sozialversicherungsausgaben und eine höhere Progression bei den Steuern der Werktätigen vor. Und überall wird versucht, mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit verstärkter Exporte und die „internationale Konkurrenzfähigkeit" versucht, die Löhne noch stärker zu drücken.

Wie wirkt sich nun der Dollar-Verfall auf Europa, auf die Bundesrepublik aus? Wie gesagt haben die westlichen Notenbanken mit massiven Stützungskäufen diesen Verfall aufzuhalten versucht. Allein die Frankfurter Bundesbank hat dabei in den letzten beiden Jahren einen Wertverlust ihrer Dollarreserven von 15 Milliarden Mark erlitten. Gelder, für die letzten Endes wir, die Werktätigen, aufkommen müssen. Natürlich hatten die Bankbosse und die Herren in Bonn bei diesen Maßnahmen nicht unser Interesse, sondern ausschließlich das der westdeutschen Monopole im Auge. Was sie beunruhigt, ist eben die Tatsache, daß der Dollarsturz die amerikanischen Exporte begünstigt, die westdeutschen in die USA jedoch benachteiligt. Denn die Dollars, die sie auf dem amerikanischen Markt oder anderen Dollarmärkten einlösen, verlieren eben ständig an Wert.

So gab denn auch ein Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes Groß- und Außenhandel seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Amerikaner mit dem Dollarverfall „eine ganz harte Verdrängungspolitik auf dem Weltmarkt betreiben wollen". Diese entgegengesetzten Interessen sind auch die Ursache für die scharfen Widersprüche vor allem zwischen Washington und Bonn, die sich jetzt so weit zugespitzt haben, daß Schmidt und der US-Finanzminister Blumenthal offiziell vereinbarten, keine öffentlichen Erklärungen über die Kontroversen mehr abzugeben. Bonn drängt weiter auf Maßnahmen der US-Regierung, den Dollar zu stützen und seinen Sturz aufzuhalten. Washington denkt gar nicht daran, betreibt die Politik der „lässigen Mißachtung" und fordert von Bonn, die westdeutsche Binnenkonjunktur durch verstärkte Investitionen anzuheizen, um so eine verstärkte Nachfrage nach amerikanischen Importen zu schaffen.

Darin drückt sich die Zuspitzung der imperialistischen Konkurrenz zwischen der amerikanischen Supermacht und ihrem europäischen Juniorpartner aus. Trotz allen Geredes über die „guten Beziehungen", das regelmäßig von beiden Seiten angestimmt wird, reagiert zwischen den atlantischen „Partnern" allein das kapitalistische Wolfsgesetz der gnadenlosen Konkurrenz, wobei die amerikanischen Imperialisten trotz ihrer derzeitigen Schwierigkeiten den Vorteil der größeren wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht auf ihrer Seite haben.

Genau wie die Wallstreet-Monopole, so versuchen auch die westdeutschen Monopolherren die Lasten der Krise auf dem Rücken der Werktätigen abzuwälzen, ihre erbitterten Konkurrenzkämpfe auf Kosten der Arbeiterklasse auszutragen. So sagte jetzt etwa Bundesbankpräsident Emminger ganz deutlich, nachdem er über die verminderten Exportchancen angesichts des Dollarsturzes gejammert hatte: Wenn ‚'zu hohe Lohnabschlüsse getätigt werden sollten, würde die Ertragslage der Wirtschaft zwischen die Mühlsteine von Wechselkursverfall und Kostenauftrieb kommen". So schickte Siemens, nachdem die Urabstimmung für NRW beschlossen war, einen Brief an die „geehrten Mitarbeiter" mit der unverschämten Aufforderung, gegen Streik zu stimmen. Begründung: „Durch Abwertung des Dollar und anderer wichtiger Währungen wird die Konkurrenzsituation der deutschen Metallindustrie zunehmend schwieriger. Heute schon besteht bei zahlreichen Erzeugnissen mit hohem Lohnanteil die Gefahr, daß sie auf dem Weltmarkt nicht verkauft werden können." Wir sollen also per Lohnverzicht den Herren ihre Profite garantieren, die sie auf den internationalen Märkten erzielen. In unserem eigenen Interesse, so wird uns dann beteuert, denn schließlich ginge es ja letzten Endes um unsere Arbeitsplätze.

Um unsere Arbeitsplätze? Wir wollen hier nur eine Auswirkung erwähnen, die der Dollarsturz für die westdeutschen Imperialisten gehabt hat. Er hat den Kapitalexport in die USA erheblich begünstigt. Bei einem zehnprozentigen Verfall des Dollars gegenüber der Mark sind auch Fabriken und sonstige Anlagen in Amerika für die westdeutschen Monopole um zehn Prozent billiger Lu haben. Und so investieren sie schon seit geraumer Zeit, die Chemie-Giganten, die Siemens, Bosch, VW usw., eben nicht bei uns um unserer Arbeitsplätze willen, sondern in den USA, um ihre Positionen auf dem amerikanischen Markt zu stärken.

Auf über sechs Milliarden Mark sind die westdeutschen Investitionen in den USA schon angestiegen. Die Chemie-Monopole haben dort schon so viel Kapital angelegt wie umgekehrt die amerikanischen Chemie-Konzerne in der Bundesrepublik. VW wird Ende Januar sein Werk in Pennsylvania eröffnen, mit einem Ausstoß von 800 Wagen pro Tag. Dann wird jeder „Golf", der auf dem amerikanischen Markt verkauft wird, auch in den USA produziert und nicht mehr in den westdeutschen Werken des Konzerns.

Den Kapitalisten geht es eben weder um unsere Arbeitsplätze, noch sonstwie um unsere Belange. Es geht ihnen einzig und allein um ihre Profite. Ihren verlogenen Appellen von der Notwendigkeit des Zusammenhaltens angesichts der Krise müssen wir den entschiedenen Kampf für unsere Interessen entgegenhalten.

Offener Brief des ZK der KPD/ML an die Jury und den deutschen Beirat des Russel-Tribunals

Am 28. März 1978 wird im Raum Frankfurt das III. Russell-Tribunal tagen. Die Internationale Jury untersucht die zunehmende Unterdrückung der demokratischen Rechte in der Bundesrepublik, insbesondere die Berufsverbote, die Zensur und die Einschränkung der Verteidigung in Prozessen. Durch die Veröffentlichung eines Verfassungsschutz-Papiers wurde bekannt, daß die Bundesregierung plante, das Tribunal zu verhindern. Die Bonner Parteien hetzten einstimmig. Und auch die DGB-Führung verbot strikt die Unterstützung des Tribunals. Dies demonstriert deutlich, daß der Bonner Staat fürchtet, daß durch das Tribunal die Fülle der Unterdrückungsmaßnahmen an die Öffentlichkeit kommt.

In den letzten Jahren ist die politische Unterdrückung in der Deutschen Bundesrepublik Zug um Zug auf allen Gebieten erheblich verschärft worden. Es gibt in Westeuropa, abgesehen von Spanien, kein einziges Land, in dem die politische Unterdrückung solche Ausmaße angenommen hat, wie in der Bundesrepublik. Gerade eben erst ist im Bundestag ein neues Bündel sogenannter „Antiterror" gesetze durchgebracht worden. Es setzt die Reihe der in den letzten Jahren verabschiedeten reaktionären Gesetze und Verordnungen fort, die alle schwerwiegende Angriffe auf die Rechte und Freiheiten der Werktätigen darstellen. Weitere Gesetzespakete dieser Art liegen bereits in den Schubladen.

Unsere Partei ist deshalb der Meinung, daß das von Ihnen geplante Russell-Tribunal eine nützliche Rolle dabei spielen kann, die politische Unterdrückung der fortschrittlichen Kräfte und darüber hinaus aller Werktätigen in unserem Land vor der Weltöffentlichkeit zu enthüllen. Wir begrüßen Ihr Vorhaben auch wenn wir es nicht für richtig halten, daß Sie von vornherein auf die Behandlung bestimmter Bereiche verzichten. So halten wir es für einen Fehler, nicht die Umstände der Todesfälle in Stammheim und die Lage der politischen Gefangenen in den Gefängnissen der Bundesrepublik zu untersuchen. Wie Sie wissen, werden die Haftbedingungen der politischen Gefangenen von vielen Persönlichkeiten des In- und Auslandes als unmenschlich verurteilt.

Wir begrüßen es, daß Sie während des Tribunals den Berufsverboten besondere Aufmerksamkeit schenken. Die Zahl der von Berufsverbot betroffenen Lehrer und anderer Angehöriger des Öffentlichen Dienstes geht weit in die Hunderte. Unter ihnen befinden sich auch viele Mitglieder bzw. Sympathisanten unserer Partei. Wir begrüßen es ebenfalls, daß Sie die Untersuchung der Einschränkung der Verteidigerrechte planen.

Während des Tribunals werden Sie auch die Zensur und die Unterdrückung der Pressefreiheit in der Bundesrepublik untersuchen. Tatsächlich ist die Pressefreiheit in der Bundesrepublik bereits weitgehend unterhöhlt und wird immer weiter eingeschränkt. Kann man etwa von Pressefreiheit sprechen, wenn sich die Presse in den Händen einer immer kleineren Zahl kapitalkräftiger Verleger konzentriert? Wenn den Redaktionen Sprachregelungen vorgeschrieben werden, deren Nichtbeachtung Maßregelungen oder sogar Entlassungen nach sich ziehen? Wenn in den Redaktionen der Funk- und Fernsehanstalten Gesinnungsschnüffelei an der Tagesordnung ist? Wenn immer häufiger kritische Beiträge vom Programm abgesetzt werden? Wenn kritische Journalisten unter Druck gesetzt oder auf die Straße geworfen werden?

Einer besonderen Unterdrückung unterliegt die fortschrittliche Presse. Wir besitzen zahlreiche Informationen über Ausmaß und Umfang dieser Art von Unterdrückung. So sind z. B. allein im Zeitraum zwischen Juni 1974 und Oktober 1975 21 Ausgaben unseres Zentralorgans „Roter Morgen" unter Anklage gestellt worden. Verleger und verantwortliche Redakteure wurden vor Gericht gestellt und zu Gefängnisstrafen bis zu 16 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Sogar Verkäufer des „Roten Morgen" sind angeklagt und abgeurteilt worden. Ebenso verhält es sich mit den presserechtlich Verantwortlichen von Betriebs- und Stadtteilzeitungen sowie von Flugblättern unserer Partei. Für ein einziges antimilitaristisches Flubblatt wurde z. B. in Kiel ein Genosse zu einer Gefängnisstrafe von sieben Monaten ohne Bewährung verurteilt. Ein Genosse aus Dortmund wurde in der ersten Instanz zu zehn Monaten Gefängnis ebenfalls ohne Bewährung verurteilt.

Die Summe der Geldstrafen, die gegen die Presse der KPD/ML verhängt worden sind, beläuft sich auf über 200.000 DM.

Diese Urteile wurden vor allem gemäß den Paragrafen 185 (Beleidigung) und 90a StGB (Böswillige Verächtlichmachung bzw. Beschimpfung der Bundesrepublik Deutschland und/oder eines ihrer Organe) gefällt. So ist es heute nach diesen Paragrafen etwa bereits verboten, von der Deutschen Bundesrepublik als „Ausbeuterstaat" oder von der „Unterdrückung der Arbeiterklasse" zu sprechen. Der Paragraf 88 a, der vor einiger Zeit verabschiedet worden ist, verschärft diese Bestimmungen noch erheblich. Er bietet die Handhabe, jeden Journalisten, der es z. B. verteidigt, wenn sich streikende Arbeiter gegen die Polizei oder Streikbrecher gewaltsam zur Wehr setzen, zu belangen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir halten Ihren Beschluß, die politische Unterdrückung in Betrieb und Gewerkschaft nicht vom Russell-Tribunal untersuchen zu lassen, für einen schweren Fehler. Vor allem die fortschrittlichen Arbeiter werden für diesen Beschluß kein Verständnis aufbringen. Tatsache ist doch, daß in den letzten Jahren eine große Zahl fortschrittlicher Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung aus den Betrieben entlassen und aus den DGB-Gewerkschaften ausgeschlossen worden ist. In einem Papier des DGB-Bundesvorstandes werden die Namen von 600 Kolleginnen und Kollegen genannt, die bis zum 30. 7. 1977 ausgeschlossen wurden. Oft genug waren diese Ausschlüsse auch die Grundlage von Entlassungen.

Besonders augenfällig ist die politische Unterdrückung der fortschrittlichen, revolutionären und kommunistischen Betriebsräte, die bei den Betriebsratswahlen 1975 auf eigenen Listen kandidiert haben und von Tausenden ihrer Arbeitskollegen gewählt wurden. Zahlreiche dieser Betriebsräte sind in der Vergangenheit entlassen worden. Grundlage aller dieser Entlassungen war das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz, das den Arbeitern und insbesondere den Betriebsräten vorschreibt, mit den Kapitalisten „vertrauensvoll zusammenzuarbeiten" und den „Betriebsfrieden" zu wahren. Dieses Gesetz soll jeden konsequenten Kampf der Arbeiter gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter von vornherein unterbinden. Auf der Werft HDW in Kiel, die Staatsbesitz ist, wurden die vier revolutionären Betriebsräte, die mit fast 25 Prozent der Stimmen gewählt wurden, sogar mit der Polizei vom Betriebsgelände geholt und gewaltsam am Betreten des Betriebes gehindert.

Wir sind der Meinung, daß die politische Unterdrückung der fortschrittlichen Arbeiter in Betrieb und Gewerkschaft unbedingt vor das Tribunal gehören.

Alle Bonner Parteien und auch die Führung des DGB sind in letzter Zeit wütend gegen das Russell-Tribunal aufgetreten. Sogar der Verfassungsschutz wurde eingeschaltet, um das Tribunal zu verhindern. Gegen diese Angriffe sind wir mit Ihnen solidarisch.

Zwar hat Herr Narr, Mitglied des deutschen Beitrats des Russell-Tribunals, vor einiger Zeit vor der Presse erklärt, er lehne es ab, Vertreter u. a. unserer Partei als Zeugen vor das Tribunal zu laden. Wir hoffen aber, daß das nicht die Meinung der Gesamtheit der Mitglieder der Jury und des deutschen Beirats ist. Wir sind jedenfalls bereit, die Arbeit des Tribunals zu unterstützen und stellen Ihnen gern weitere Unterlagen über die von uns angesprochenen Punkte zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Zentralkomitee der KPD/ML

Zeitung der Roten Hilfe Deutschlands



Preis 0,40 DM

Bitte bestellen bei: Büro der RHD, Stollenstr. 12, 4600 Dortmund.

Vorsicht! Schnüffler unterwegs!

Göttingen. Seit Anfang März laufen in Göttingen 10 „Kontakt"-Beamte durch die Straßen. Bis Ende 1978 sollen es mindestens 300 in ganz Niedersachsen sein. Nach den bürgerlichen Presseberichten sollen diese KOBs besonders „nette" und „hilfsbereite" Polizisten sein. Tatsächlich aber ist die Aufgabe dieser Polizisten kein Deut anders, als die der Blockwarte in der Nazizeit. Sie sollen sich das Vertrauen der Bevölkerung erschleichen, um die Werktätigen besser bespitzeln und überwachen zu können. Die KPD/ML in Göttingen hat sofort ein Flugblatt unter den Werktätigen verteilt, in dem sie vor dem faschistischen Charakter dieser Spitzel warnte und die Bevölkerung aufrief, den Kontaktbeamten eine Abfuhr zu erteilen: Führen Sie keine Gespräche mit den KOBs! Lassen Sie sie nicht in die Wohnung! Warnen Sie ihre Freunde, Bekannten und Nachbarn vor diesen Schnüfflern!

50 Polizisten im Gericht

Weilheim/Oberbayern. Ende Februar fand in Weilheim ein Prozeß gegen zwei Rotgardisten statt. Vor dem Amtsgericht Polizisten mit Hunden, um das Gericht Bundeswehrlaster. Allein 50 Polizisten waren im Gericht. Dazu acht politische Polizisten im Gerichtssaal. Und wozu dieser Aufwand? Die Rote Garde hatte im Sommer '77 bei Hugelfing ein Zeltlager gemacht. Am letzten Tag schlich sich ein Herr Hasenbalg (Mitglied der Jungen Union) um das Lager und fotografierte das Lager und die Autonummern. Auf die Forderung, den Film herauszugeben, sagte er, das gehe nur ihn und den Verfassungsschutz etwas an. Schließlich wurde dem Spitzel der Film abgenommen. Die Rote Garde verteilte zu dem Prozeß in Weilheim ein Flugblatt. Daß es Gesprächsstoff in Weilheim wurde, zeigte sich daran, daß viele Jugendliche kamen, die nicht einmal das Flugblatt kannten, sondern nur davon gehört hatten. Nach dem Urteil (400 Mark Geldstrafe für jeden Rotgardisten) gingen die jungen Genossen noch mit sieben empörten Jugendlichen in eine Wirtschaft und diskutierten mit ihnen. Sie werden sich auch weiterhin mit ihnen treffen.

Terrorurteil gegen Westberliner Antifaschisten

Westberlin. Im letzten „Roten Morgen" berichteten wir über den Prozeß gegen drei Teilnehmer einer Protestkundgebung gegen das Schah-Regime in Westberlin. Die Strafen wurden mit Bewährung ausgesprochen. Werner Adomatis und Josef K. erhielten also ein Jahr Gefängnis auf drei Jahre Bewährung. Fritz M. ein halbes Jahr, ebenfalls mit drei Jahren Bewährung. Nicht richtig war, daß Werner zusätzlich wegen „versuchten Totschlags" angeklagt war, er selbst hatte diese Anzeige gegen die prügelnden Polizisten erhoben. Sie ist natürlich von der Klassenjustiz niedergeschlagen worden.

Faschistischer Reliquien-Kult

Münster. Als „Leckerbissen für Kunstfreunde" propagiert eine münstersche Zeitung die Versteigerung von Adolf Hitlers Taschenuhr bei einer Uhrenauktion am 11. März im Waldhotel Krautkrämer/Hiltrup. Der „absolute Star der Auktion". „Ein Exemplar von höchster Seltenheit", „Schätzwert 70.000 Mark" — so preist das Blatt diese Reliquie des faschistischen Verbrechers an. Kämpfen wir gegen die Verherrlichung und das Wiederaufleben des Nazifaschismus!

Drei Monate Gefängnis für eine Beute von vier Mark

Frankfurt. Im volltrunkenen Zustand hatte der 29jährige Starkstromelektriker Klaus S. nachts einen Fahrkartenautomaten der Frankfurter Verkehrsbetriebe mit einem Trick um ganze vier Mark erleichtert. Die Klassenjustiz verurteilte ihn dafür zu drei Monaten Gefängnis! Der Staatsanwalt hatte sogar sieben Monate ohne Bewährung gefordert. Dieses Urteil demonstriert deutlich den Haß der Klassenjustiz auf die Werktätigen. Ein Kapitalist muß schon zig Millionen hinterziehen, um hinter Gitter zu kommen. Und meistens gibt es „Haftverschonung", wie erst kürzlich bei Bauunternehmer Hubmann.

Unterstützt den Genossen Bernd Woitalla!

Kiel. Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen gegen die Polizisten, die unseren Genossen Bernd bei der Demonstration in Brokdorf mit einem Steinwurf lebensgefährlich verletzten, eingestellt. Die RHD Kiel ruft alle AKW-Gegner auf, Bernd zu helfen, der Polizeitäter habhaft zu werden und die Fortsetzung des Verfahrens zu erzwingen! Sie fragt: Kannst Du bezeugen, daß die Polizei am 13. November '76 in Brokdorf mit Steinen geworfen hat? Hast du Fotos oder Filme, auf denen die Polizisten zu sehen sind, die mit Steinen warfen? Hast du vielleicht gegen 16 Uhr den Vorfall beobachtet? Kennst Du jemanden, der davon weiß? Keine Kleinigkeit ist unwichtig. Wer helfen kann, melde sich bei: Dietrich Lohse, Schauenburger Str. 83, 2300 Kiel 1

Prozeß gegen RHD-Verantwortlichen: Dies Urteil muß fallen!



Zehn Monate Gefängnis ohne Bewährung hatte das Amtsgericht Dortmund im November 1976 gegen Dieter Kwoll ausgesprochen. Und sein „Verbrechen"? Dieter war verantwortlicher Redakteur der Zeitung der Roten Hilfe Deutschlands. Weil diese Zeitung über die politische Unterdrückung in Westdeutschland und der DDR berichtet, weil sie die Wahrheit über den Tod unseres Genossen Günter Routhier schrieb, soll Dieter Kwoll nun ins Gefängnis. Am 7. und 10. März steht in Dortmund vor dem Landgericht die Berufungsverhandlung bevor.

So ist das also: Gefängnis bekommt der, der seine sogenannte Meinungs- und Pressefreiheit dazu gebraucht, die Wahrheit über das Vorgehen der Polizei und der Justiz gegen die Werktätigen zu schreiben. Die Verantwortlichen für den Tod des Genossen Günter laufen dagegen frei herum.

Die RHD hat breit zur Solidarität mit Dieter Kwoll aufgerufen. Denn dieser Prozeß ist ein schwerer Angriff auf die Meinungsfreiheit, auf die revolutionäre Agitation und Propaganda. Kommt zur Berufungsverhandlung! Im Landgericht Dortmund, Kaiserstr. 34, Zimmer 23, am 7. und 10. März um 9 Uhr! Das Terrorurteil gegen Dieter Kwoll muß fallen!

Prozeß gegen Günter Sonnenberg

Am 2. März begann in der Betonfestung Stuttgart-Stammheim der Prozeß gegen Günter Sonnenberg. Ihm wird ein Schußwechsel mit der Polizei bei seiner Festnahme in Singen vorgeworfen. Tatsache ist, daß die Polizisten ihn bei der Verfolgung gezielt mit einem Kopfschuß niederstreckten. Eine Polizeikugel drang ihm über dem rechten Ohr in den Kopf und riß ein vier Zentimeter breites Loch. Fünf Geschoßsplitter blieben bis heute tief im Gehirn stecken.

Noch heute leidet er an der Zerstörung der Hirnsubstanz. Nach Aussagen von Medizinern kann er sich kaum an irgendetwas erinnern, er hat Schwierigkeiten, Worte zu finden. Und was vor 20 Minuten besprochen worden war, hat er wieder vergessen. Ein Fall für eine längere Behandlung in der Klinik, so sollte man meinen.

Die Klassenjustiz zeigte jedoch wieder einmal ihren menschenvernichtenden Charakter. Günter Sonnenberg wurde zehn Monate lang in eine total geräuschisolierte Zelle gesperrt, in die kein Tageslicht fällt. Die notwendige medizinische Behandlung wurde ihm verweigert. So hat bisher keine Untersuchung durch Computer-Tomographie stattgefunden, um das Ausmaß der Hirnschäden korrekt festzustellen. Die Bundesanwaltschaft erklärte zynisch: „Daß Günter Sonnenberg schwere Hirnsubstanzverluste hat, ist keine Frage. Wie weit seine Verhandlungsfähigkeit dadurch beeinträchtigt wird, darüber sagt auch die Computer-Tomographie nichts."

Das Gericht lehnte alle Anträge auf Aussetzung des Verfahrens ab und erklärte Sonnenberg trotz aller Gutachten für „verhandlungsfähig". Ein Angeklagter, der nur einige Worte stammeln kann, der sich an kaum etwas erinnert. Wie kann er sich verteidigen! Das Recht auf Verteidigung des Angeklagten wird hier zu einer Farce. Bei dem Versuch, politische Gefangene lebenslang hinter Gitter zu bringen, setzen sich die Justizbehörden barbarisch über die minimalsten demokratischen Rechte hinweg, kalkulieren sie zynisch die Vernichtung hinter den Gefängnismauern ein. Kämpfen wir für die Haftentlassung von Günter Sonnenberg! Freiheit für alle politischen Gefangenen!

— Anzeige —

Werdet Mitglied der Roten Hilfe Deutschlands!

RECHTSHILFEBROSCHURE

Worauf muß man achten?

- bei Demonstrationen...
- auf der Polizeiwache...
- bei einer Hausdurchsuchung...
- bei Verfassungsschutzagenten...
- als Festgenommener...

ROTE HILFE DEUTSCHLANDS



88 Seiten, ca. 2 DM

Die Rote Hilfe Deutschlands ist eine Solidaritätsorganisation, die unabhängig von Parteizugehörigkeit und über die Grenzen verschiedener Anschauungen hinweg in Westdeutschland und in der DDR diejenigen unterstützt, die Opfer der politischen Unterdrückung, Opfer staatlicher Willkürmaßnahmen werden.
Wendet euch an:
Rote Hilfe Deutschlands, Stollenstr. 12, Eingang Clausthalstraße, 4600 Dortmund.
Spendenkonto der RHD: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 201007 097, H. Held.

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

An den Leser!

Die Redaktion erhält Woche für Woche viele Zuschriften von den Lesern des „Roten Morgen". Darüber freuen wir uns und danken allen, die uns mit Kritiken und Korrespondenzen unterstützen. Leider sind viele dieser Zuschriften an den „Roten Morgen" ohne Absenderangabe. Wir können deshalb auch einen Teil der Kritiken, die uns erreichen, nicht beantworten. Denn an „einen Sympathisanten aus München" oder „einen Genossen aus Hamburg" können wir unseren Antwortbrief ja schlecht schicken. Wir bitten deshalb alle unsere Leser, in Zukunft bei ihren Zuschriften einen Absender anzugeben. Entweder ihre Adresse oder das örtliche Parteibüro mit einem Stichwort.

Vielen Dank, Redaktion „Roter Morgen"

Der Dank nach 45 Jahren harter Arbeit

Mein Vater arbeitet in einem großen Autowerk am Band. Er hat, seit er 14 Jahre alt war, nur gearbeitet. Unterbrochen wurden die Arbeitsjahre nur durch die Kriegsjahre, wo er an die Front mußte.

Nun ist er 60 Jahre alt und ziemlich krank. Sein Rentenantrag wurde, trotz erheblicher Verschleißerscheinungen, schwerer vorangegangener Operationen, Herz-, Kreislaufbeschwerden usw. vor einem Jahr abgelehnt. Vor einigen Wochen hatte er einen Betriebsunfall. Dabei hat er sich das Knie verletzt. Er bekam Salbe und Bestrahlungen verschrieben. Als es nach einiger Zeit nicht besser wurde, ist er noch mal zum Unfallarzt gegangen. Dort wurde ihm dann wörtlich gesagt: „Aufschneiden und nachsehen lohnt sich nicht mehr." Er war danach ziemlich fertig und hat es bis heute nicht verkraftet. Das Knie ist weiterhin dick. Er hat Schmerzen und kann kaum laufen. Einen Krankenschein bekommt er natürlich auch nicht mehr. Er muß eben weiter am Band arbeiten.

Meine Mutter hat ziemlich bitter gesagt: „Man ist nur so lange für die was wert, wie man arbeiten kann." Ich meine, darin sieht man mal wieder, was die Arbeiter für die Kapitalisten wert sind und wie sie ihnen für 45 Jahre harte Arbeit danken.

Rot Front!
Eine Genossin aus Böblingen

Rektor mußte Pausenhallenverbot aufheben

Liebe Genossen,

ich möchte kurz berichten, was sich bei mir an der Schule ereignete. Ich gehe auf eine Volks- und Realschule, wo die Unterdrückung besonders groß ist. Als es anfing, besonders arg zu schneien, schloß unser Rektor die Pausenhalle mit der fadenscheinigen Begründung, sie würde zu dreckig werden. Diese Provokation ließen sich die Schüler nicht bieten und bestürmten den Rektor mit Protesten. Als Schulsprecher berief ich sofort eine Schülerversammlung ein. Hier mußte der Rektor Rede und Antwort stehen. Als er nicht mehr weiter mit seinen „Argumenten" kam, verließ er den Saal und sagte, mit uns könne man ja nicht diskutieren. Dann wandten wir uns an den Vize-Rektor. Der aber brüllte, die SV solle bloß das Maul halten, und die Schulleitung kann machen, was *sie* will. Die Empörung unter den Schülern war groß. 90% der Schüler stimmten für eine Besetzung der Pausenhalle. Unter diesem Ansturm sah sich der Rektor gezwungen, das Pausenhallenverbot aufzuheben. Ein klarer Erfolg für die Schüler.

Rot Front! Ein Schüler aus Hamburg

Neue Richtpreislisten bei den Sozialämtern

Liebe Genossen,

heute will ich Euch von dem berichten, was mir ein Bekannter aus dem Sozialamt erzählte:

Seit dem 1. 1. '78 sind in den Sozialämtern neue „Richtpreislisten" herausgekommen. Die alte Liste ist in der Regel schon drei Jahre alt, d. h. Beihilfen für Bekleidungen sind seit Januar '75 bis 31. 12. '77 (drei Jahre!) nicht den Preissteigerungen angepaßt worden. Also ist es doch gut, daß jetzt eine neue Preisliste erscheint — sollte man meinen. In der neuen Liste werden zwar veränderte Preise zum Kauf von Bekleidung genannt, jedoch haben die sich kaum erhöht. Z. B. wurde 1975 für einen Herrenwintermantel 195 DM gewährt, jetzt werden dafür 198 DM gezahlt — also ganze 1,5 Prozent mehr in *drei* Jahren!! So hat sich die Kinderoberbekleidung vom 3.-13. Lebensjahr überhaupt nicht erhöht bzw. in einigen Dingen wird jetzt sogar *weniger* gewährt. Als ob die Preise in den drei Jahren nicht gewaltig gestiegen wären! Verschärft wird die Sache durch ein weiteres:

Es wird jetzt eine durchschnittliche Gebrauchsdauer angegeben. Z. B. sollen Kinderschuhe ein Jahr lang halten, Knabenschuhe ab Größe 36 gar zwei Jahre! Damen-/Herrenschuhe sollen zwei bis vier Jahre halten. Für die paar Mark, die man dafür bewilligt bekommt, erhält man sowieso nur solche Schuhe, die qualitativ schlecht sind und nicht lange halten können — und dann diese lange Lebensdauer! Das ist reine Willkür des Staates, das ist eindeutige Diktatur!

Es gibt schon jetzt sehr viel Widerstand der Sozialhilfeempfänger dagegen. Immer mehr erkennen das wahre „Soziale" an diesem Staate — nämlich die Ausbeutung.

Rot Front! Ein Genosse aus Witten

Veranstaltungen der GFA

Gelsenkirchen: Ausstellung: Albanien gestern und heute. 7. 3.-19. 3., Nienhauserbusch/Revierpark Nienhausen. Filmabend: „Vier Lieder der Partei", 10. 3., 19.30 Uhr (gleicher Ort).

Dortmund: Veranstaltung zum Weltfrauentag. „Emanzipation der Frau in Albanien", 9. 3., 19.30 Uhr, Haus Bußfeld, Ecke Lindemann/Essenerstr.

RGO-Veranstaltung:

Hamburg: Veranstaltung zum Druckerstreik, zu den Betriebsratswahlen und zur Lage in der Druckindustrie, 11. 3., 15 Uhr, Barmbek, Gaststätte „Jarrestadt", Jarrestr.

Veranstaltungen der KPD/ML und der RG

Neumünster: Veranstaltung zu den Betriebsratswahlen, 17. 3., 19 Uhr, „Ratsherrnklause", Rendsburger Straße.

Bad Oeynhausen: Veranstaltung der Roten Garde, 15. 3., 19 Uhr, Gaststätte „Deutsches Haus", Rehme, Altenrehmer Weg 4

Dortmund: Veranstaltung zum internationalen Frauentag. Es wird der Film „Mutter" von Pudowkin gezeigt. 11. 3., 16 Uhr, „Keglerstuben".

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Demonstration gegen Fahrpreiserhöhungen in Münster





Zum 1. 3. '78 haben die Stadtwerke Münster die Fahrpreise drastisch erhöht. Der Preis für den Einzelfahrschein wird von einer DM auf 1,20 DM angehoben. Die Mehrfachfahrkarte kostet statt 0,80 DM eine DM. Eine Monatsnetzkarte wird um 20 DM teurer. Insgesamt ist das eine Preissteigerung um durchschnittlich 24 Prozent. Die Partei verteilte zu den Fahrpreiserhöhungen ein Flugblatt, das in zwei Stadtteilen gesteckt und an Bushaltestellen verteilt wurde. Viele Werktätige in Münster sind empört über die Erhöhungen und die dauernde Unpünktlichkeit der Busse.

Sie freuten sich über das Flugblatt und einige meinten zustimmend: „Es ist gut, wenn ihr etwas unternehmt, meine Unterstützung habt ihr." Am 1. 3. fand dann eine Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen statt. Aufgerufen hatte eine Schülerinitiative, andere Organisationen, darunter die Partei und die Rote Garde, unterstützten die Demonstration. Ca. 100 Demonstranten zogen durch die Innenstadt. Sie fand bei der Bevölkerung große Aufmerksamkeit.

Proteste gegen NPD-Kundgebung in Düsseldorf

Am Samstag, den 25. 2. '78, fand in Düsseldorf eine Kundgebung der NPD statt. Einige hundert Antifaschisten, darunter auch Genossen der KPD/ML, protestierten gegen diese Provokation.

Bereits vor Beginn der Kundgebung werden an einem Propagandatisch der Faschisten Plakate heruntergerissen, ihre Hetzflugblätter fliegen in den Dreck. Dann marschierten etwa hundert Polizisten in Kampfanzügen auf, um den Platz für die Kundgebung der Faschisten abzuriegeln. Vorsorglich wird mit Absperrgittern ein weiter Kreis um das Rednerpult der NPD gezogen. Während ein großer Teil der Antifaschisten empört darüber ist, wie hier die Polizei zum Schutz der Faschisten aufzieht, gibt die anwesende DKP die Parole aus: „Mit den Polizisten gegen die Faschisten!" Wie zynisch diese Parole ist, zeigt sich kurz darauf. Antifaschisten bewerfen die NPD-Faschisten mit Eiern. Daraufhin geht die Polizei, ausgerüstet mit Helmen, Schlagstöcken, Chemical Mace, zum Teil mit Messern im Gürtel gegen die versammelten Demonstranten vor und knüppelt brutal auf sie ein. Wahllos werden einige von ihnen festgenommen. Laut schallt es jetzt über den Platz: „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten!" Die Reden, die die NPD-Faschisten anschließend unter dem massiven Polizeischutz halten, gehen in einem Pfeifkonzert und in dem lauten Rufen der Antifaschisten: „Faschisten, raus aus Düsseldorf!" unter.



Absperrgitter hatte die Polizei um den ganzen Platz gezogen, um die Faschisten vor den empörten Demonstranten zu schützen.

Bremen

Eltern kämpfen für gute Kindertagesstätten

Am 20. 2. '78 führten Bremer Eltern einen dreitägigen Kindertagesstättenstreik durch. Kein Elternpaar schickte sein Kind in die Tagesstätte. Worum geht es?

Seit drei Jahren besteht in dem Bremer Wohngebiet Oslebshausen ein Modellversuch in zwei Kindertagesheimen. Bei diesem Modellversuch kamen bisher auf drei Erzieher 15 Kinder pro Gruppe. Im Normalfall sind es 20 Kinder und mehr pro Erzieher. Der Modellversuch soll nun nach drei Jahren auslaufen und der ursprüngliche alte Zustand in den Kindertagesheimen wieder hergestellt werden.

Dagegen wehren sich die Eltern mit aller Kraft. In diesem Wohngebiet leben hauptsächlich Arbeiter mit vielen Kindern — oft mit fünf bis acht Personen in Wohnungen von 39 m² Größe. Bedingt durch die engen Wohnverhältnisse und durch die hohe Kinderzahl, haben viele der hier wohnenden Kinder Lern- und Verhaltensschwierigkeiten. Bei dem Modellversuch haben die Eltern nun erfahren, daß die bessere Betreuung ihrer Kinder dazu beigetragen hat, ihnen einen normalen Schulweg zu ermöglichen. Deshalb bildete sich eine Initiative.

Es wurden mehrmals Vertreter bürgerlicher Parteien eingeladen. Auf diesen Versammlungen haben die Eltern folgende Erfahrung gemacht, wie uns ein Mitglied der Elterninitiative erzählte: „Sie haben immer nur erzählt, was das alles kostet und daß es unmöglich wäre, diesen Modellversuch weiter aufrechtzuerhalten. Er wäre ja auf drei Jahre begrenzt gewesen, das hätten wir ja vorher gewußt. Alles in allem, wir gingen alle mit dem Gefühl nach solchen Versammlungen nach Hause: „Doll ist das ja nicht, was heute abend rausgekommen ist."

Deshalb handelten die Eltern. Sie machten am 20. 2. '78 einen dreitägigen Streik. Die große Solidarität unter den Eltern und Kindern zeigte sich darin, daß kein Elternpaar sein Kind zur Kindertagesstätte schickte. Kinder, die durch die Berufstätigkeit beider Eltern an diesen Tagen keine Bleibe hatten, kamen ohne Aufhebens sofort in einer anderen Familie unter und wurden dort beaufsichtigt. Das war der erste Kindertagesstättenstreik in Bremen überhaupt!

Als wir einen Vertreter der Initiative fragten, ob der Kampf weitergehen wird, antworteten er und seine Frau: „Das ist doch klar. Wir haben nichts zu verlieren, nur zu gewinnen. Wir geben nicht auf. Schon viele Solidaritätsadressen haben uns erreicht." Auch wir von der KPD/ML unterstützen diesen Kampf der Eltern für die Erhaltung des Modellversuchs und wünschen ihnen viel Erfolg in ihrem weiteren Kampf.

Briefe aus dem Iran

"Wir sind sicher: Der Kampf wird weitergehen!"

Täbris, Iran: Ein Wochenende lang stand eine ganze Stadt, die zweitgrößte des Iran, im Kampf gegen das faschistische Schah-Regime, seine Armee, seine Polizei, seinen Geheimdienst. Täbris war ein Fanal, der Höhepunkt einer Welle anhaltender Massenkämpfe, die seit Monaten die Herrschaft des Regimes erschüttern. Über diese Kämpfe, über die elende Lage der Werktätigen unter der Diktatur berichten die Briefe aus dem Iran, die wir im folgenden auszugsweise veröffentlichen.

Teheran, Rarwadin 1356
(April 1977)

Lieber Freund!

Unser Leben ist unerträglich geworden. Seit mindestens drei Monaten haben wir kein Fleisch mehr gegessen. Von morgens bis zum Nachmittag steht Mama vor der Bäckerei Schlange, um ein kg Brot zu kaufen. Die Versorgung der Bevölkerung ist katastrophal. Die Preise steigen mit jedem Tag, die Läden sind leer. Ein kg Brot kostet inzwischen vier Tuman, ein kg Bananen zwölf Tuman, ein kg Äpfel acht Tuman. Der Lohn eines iranischen Arbeiters dagegen — vorausgesetzt, er hat Arbeit — liegt bei 30 Tuman pro Tag. Ein großer Teil der Bevölkerung hungert.



So müssen die Werktätigen im Iran hausen.

Du wirst es nicht glauben, aber das Fleisch in den Läden ist voll von Maden. Hammelfleisch ist rar geworden. Früher, vor der „Weißen Revolution" des Schah, war es einmal das Nationalgericht in unserem Land. Jeder, oder doch fast jeder, konnte es sich leisten. Abguschd — ein Eintopfgericht mit Hammelfleisch — das konnte man auf der Straße kaufen, mittags, so wie bei Euch Bratwurst oder Hamburger. Heute, wo die Bauern so ruiniert sind, daß sie keine Viehwirtschaft mehr betreiben können, gibt es fast kein iranisches Hammelfleisch mehr. Es wird aus Australien importiert.

Auf dem Paßamt — es ist schon länger her — habe ich mich mal mit Arbeitern unterhalten, die auf einem solchen Schiff fuhren, das Schafe aus Australien importiert. Seither wundere ich mich nicht mehr, daß wir fast nur noch faules Fleisch kaufen können. Die Schiffe sind völlig überladen, denn das bringt mehr Geld. Die Besatzung wird so klein wie möglich gehalten und kann die vielen Tiere gar nicht versorgen. Ein großer Teil verendet unterwegs oder wird krank ausgeladen. Selbst die Kadaver werden verarbeitet. Denn die Regierung hat für alle Tiere bezahlt.

Die ausländischen Imperialisten haben unsere Wirtschaft total ruiniert. Gezielt und systematisch. Ich will Dir nur ein Beispiel sagen. Wenn Du wieder einmal hierherkommst, dann wirst Du kaum noch eines der kleinen, bunten, persischen Hühner sehen wie beim letzten Mal. Vor einiger Zeit wurde der größte Teil des Hühnerbestandes ausgerottet durch die Hühnerpest. Jawohl, ausgerottet! Natürlich hat die Regierung das nicht zugegeben. Aber niemand kann mir erzählen, daß fast der ganze Hühnerbestand eines Landes durch eine „Naturkatastrophe" eingeht und daß dann ganz plötzlich amerikanische Geflügelfarmen mit den großen weißen Legehennen aus dem Boden schießen!

Teheran, Schahriwan 1356
(August 1977)

...Mein Bruder hat geheiratet. Aber er und seine junge Frau können keinen eigenen Hausstand gründen, obwohl beide arbeiten. Und so geht es Tausenden von jungen Paaren hier. Die Wohnungsmieten sind so unerschwinglich, daß fast der gesamte Verdienst der beiden nur für die Miete reichen würde. So leben sie weiter wie bisher, jeder bei seinen Eltern. Wenn sie einmal allein und ungestört sein wollen, müssen sie sich in billige Hotels zurückziehen. Es ist eine Schande, wie entwürdigend dieses Leben ist.

Überhaupt sieht es sehr schlimm aus mit den Wohnverhältnissen. Die armen Gebiete im Süden Teherans, dort wo die Tausende zusammengepfercht leben müssen, die vom Land in die Stadt ausgewandert sind, in der Hoffnung auf Arbeit, sind entsetzlich. Ich werde nie die Wellblechhütten vergessen, die diese Menschen gebaut haben, auf den Dächern der Ziegeleien. Du mußt Dir das vorstellen! Oben auf dem Dach einer Ziegelei, inmitten des Drecks und Gestanks, Hütten, in denen Menschen hausen, die nicht das Geld haben, im Winter Heizmaterial zu kaufen und hoffen, sich in der Hitze der Brennöfen warmzuhalten! Das Gebiet wird inzwischen saniert, d. h. die Behausungen der Ärmsten vernichtet und sie so aufs Neue vertrieben.



Ein Schah-Denkmal wird vom Sockel geholt.

Teheran, Azar 1356
(Dezember 1977)

...Die Zeitungen sind voll von Morden auf offener Straße. Die Unterdrückung ist unvorstellbar groß geworden. Jede Woche werden irgendwo in unserem Land Patrioten, Untergrundkämpfer einfach abgeknallt. Die Gefängnisse sind voll von politischen Gefangenen. Das Regime braucht keinen Beweis, um jemanden zu verhaften. Oft warten die Gefangenen jahrelang auf einen Prozeß. Und das heißt: Foltern, Schläge, Elektroschocks. Ich weiß von einer Frau, deren Sohn monatelang in den Kerkern des Schah verschollen war. Sie wußte nicht, wo man ihn hingeschleppt hatte. Dann, als sie endlich eine Besuchserlaubnis bekam, erkannte sie den eigenen Sohn nicht mehr unter den Gefangenen. So hatten ihn diese Verbrecher zugerichtet.

Wer seine Strafe abgesessen hat, braucht sich keine Hoffnung auf Freiheit zu machen. Wann er entlassen wird, bestimmt das Regime. Vielleicht einen Monat später, vielleicht erst ein halbes Jahr. Wer als „Politischer" gesessen hat, darf das Land jahrelang nicht verlassen. Aber gerade die politischen Gefangenen sind zu einem Symbol für den Freiheitswillen unseres Volkes geworden. Du kannst Dir nicht vorstellen, wie groß der Zusammenhalt unter den Gefangenen ist, der Zusammenhalt unter ihren Familien, die Solidarität im Volk. Hier, im Gefängnis, lernen sich Revolutionäre aus allen Teilen des Landes kennen, die sich sonst nie gesehen hätten, tauschen Erfahrungen aus, schulen sich. Ich habe selbst mit einem von ihnen gesprochen, wenige Tage nach seiner Entlassung. Vorher, sagte er, da sei er Revolutionär gewesen, Schahgegner, Antiimperialist. Im Gefängnis aber ist er zum Kommunisten geworden.

Auch im Gefängnis hört der Kampf nicht auf. Ich meine nicht einmal die großen Kämpfe, die es gegeben hat, massenhafte Hungerstreiks der Gefangenen gegen die brutale Behandlung. Ich meine die ungeheure Solidarität, mit der die Gefangenen und die Bevölkerung zusammenstehen.

Vom Gefängnis Ewin z. B. habe ich von dieser Solidarität gehört. Du mußt wissen, daß die Gefangenen einen Teil ihrer Verpflegung von zu Hause bekommen, denn das Essen im Gefängnis ist ungenießbar. Da die Lebensmittel wegen der Gluthitze in Ewin schnell verdarben, verlangten die Gefangenen die Aufstellung eines großen Kühlschrankes in ihrem Gemeinschaftsraum. Die Gefängnisleitung weigerte sich. Daraufhin versammelten sich die Mütter, Frauen, Kinder der Gefangenen vor dem Gefängnis, mit ihnen viele Menschen aus der Stadt. Ganz bewußt kamen nur Frauen, Kinder und alte Leute zusammen. In einer Petition verlangten sie, daß den Gefangenen ein Kühlschrank gewährt wird. Und dann, auf einen Schlag, begannen die Frauen ein Geschrei, zu jammern, zu heulen, zu fluchen. Trotz der Drohungen der Gefängnisleitung wichen sie nicht von der Stelle.

Hast Du schon einmal gehört, wie es klingt, wenn nur drei persische Klageweiber schreien und heulen? Das waren ein paar hundert. Die Gefangenen bekamen ihren Kühlschrank, und zwar sehr schnell...

Teheran, Esfand 1356
(Februar 1978)

Lieber Freund!

Du kannst Dir nicht vorstellen, wie erregt und angespannt wir alle sind. In Nord- und Mittelpersien wird gekämpft! In vielen Städten hat sich die Bevölkerung erhoben. Das waren nicht Anschläge von einzelnen Stadtguerillagruppen, die es in den vergangenen Jahren gegeben hat. Das waren die größten Massenkämpfe seit zwei Jahrzehnten. Und ich bin sicher: Diese Kämpfe werden weitergehen!

Es begann vor etwa drei Monaten mit Aufständen in Teheran, wo sich die Menschen gegen den Abriß ihrer Wohnungen wehrten. Seither ist keine Ruhe. In den letzten drei bis vier Wochen kam es an den wichtigsten Universitäten zu Kämpfen zwischen Studenten und der Polizei. In Kermanschah, Ahwaz, Täbris, Isfahan, an der Pahlawi-Universität. Die Universitäten wurden geschlossen, die Studenten traten in den Streik und führten Demonstrationen durch. An der Universität in Teheran legten sie Feuer in den Räumen der Polizeiposten, ein Sicherheitsoffizier wurde zusammengeschlagen. Ein Standbild des Schah wurde über Nacht vom Sockel gestoßen, trotz der strengen Bewachung.



Von den kämpfenden Massen zerstörter Armeewagen in Täbris

Und dann, am 14., begann der Kampf in Täbris. Schon in den Tagen zuvor waren überall in der Stadt Parolen aufgetaucht, Flugblätter klebten morgens an Häuserwänden und Autos. Die Losungen zeigen, daß die iranischen Völker ihre Lage deutlich erkennen. Das ist ein politischer Kampf, ein Kampf gegen das Regime und seinen Staat. „Nieder mit dem Schah-Regime!" stand an den Wänden, und „Freiheit — Brot für das Volk!", „Yankee — go home!", „Nieder mit Rastachis!" (iranische Einheitspartei).

Der Kampf beginnt morgens mit kleinen Demonstrationen, die sich bald in einer riesigen Massendemonstration vereinigen. Das sind Tausende! Von Anfang an gibt es Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die Demonstranten bewaffneten sich mit allem, was sie erreichen können: Sicheln, Prügel, mit den alten türkischen Hausschwertern, von denen es in Aserbaidschan noch viele gibt. Frauen schlagen Tische und Stühle in Stücke und werfen die Beine aus dem Fenster, sie geben feste Stöcke ab. Die Geschäfte schließen die Türen und verriegeln sich. Dafür öffnen die Bewohner von Täbris die Tore ihrer Häuser, um den Verletzten Hilfe und Flüchtenden Unterschlupf zu bieten. Alte Menschen grüßen mit erhobener Faust aus den Fenstern.

Gegen Mittag stürmt die Menge das Haus der Rastachis-Partei und steckt es in Brand. Löscharbeiten werden verhindert, das Haus der Schah-Partei brennt nieder.

Die Polizei wird der Kämpfe nicht mehr Herr. Die Demonstranten stürmen Banken und zünden sie an. Das Amt für Erziehung und Kultur brennt. In dieser Lage setzt das faschistische Regime die Gendarmerie, die Grenzpolizei ein. Mit Panzern und Maschinengewehren gehen sie gegen die Bevölkerung von Täbris vor. Brutal halten sie mit ihren schweren Waffen in die Menge. Es gibt Tote, Hunderte von Verletzten. Häuser sind zerschossen.

Den ganzen Tag über, die ganze Nacht und den folgenden Tag dauern die Kämpfe, trotz der verhängten Ausgangssperre. In den Straßen liegen SAVAK-Landrover (SAVAK = Geheimpolizei), und kleine Militärfahrzeuge, die von den Kämpfern umgestoßen und angezündet wurden.

Das war der Kampf einer ganzen Stadt gegen Polizei, Armee und SAVAK. Du verstehst, daß dieser Kampf noch nicht siegreich sein konnte. Nach zwei Tagen müssen sich die kämpfenden Massen zurückziehen. Ihre Toten und Verletzten nahmen sie mit und verbargen sie in den Häusern, damit sie nicht in die Hände des Regimes fallen. Aber zwei Tage lang haben die Bewohner von Täbris der Armee des Schah die Stirn geboten. Über 70 Banken liegen in Schutt und Asche. Zwei Regierungsgebäude sind abgebrannt.

Von neun Toten spricht die offizielle Presse. Es waren mit Sicherheit mehr. Hunderte wurden verletzt. Man spricht hier von weit über 600 Verhaftungen.

Du kannst Dir die Lügen nicht vorstellen, mit denen uns nun das Regime überschüttet. Es heißt, die Läden seien geplündert worden, die Demonstranten hätten Schulen und Krankenhäuser angesteckt. Überhaupt wären das alles „nichtpersische Elemente", hat Minister Rambod behauptet. Jetzt frage ich Dich: Ist Täbris vielleicht keine iranische Stadt, daß seine Bewohner, die Arbeiter, Angestellten, die Arbeitslosen und kleinen Händler, die Männer und Frauen, die hier gekämpft haben, „nichtpersische Elemente" sind? Und was die Plünderungen angeht: Selbst die Regierungszeitung „Etelaat" hat geschrieben, daß aus den Banken kein Tuman gestohlen wurde. Diese Kämpfe haben sich ausschließlich gegen den Staat, seine Behörden und Organe gerichtet.

Ich sage Dir: Für uns gibt es nur eine Alternative: Zu kämpfen, das Regime zu stürzen und die ausländischen Ausbeuter zu verjagen, oder langsam und erbärmlich zu verhungern. Wir alle sind sicher, daß der Kampf in Täbris ein Fanal sein wird. Daß es weitergehen wird, in den nächsten Wochen und Monaten. Du wirst bald wieder in den Zeitungen lesen über Kämpfe im Iran.

Dein...

Aus aller Welt

Italien: Kampf gegen Verbannung

In einen 24stündigen Generalstreik sind die etwa 400 Bewohner der Insel Linosa — südwestlich von Sizilien — getreten. Als weitere Kampfmaßnahme blockierten sie den Hafen der Insel. Ihr Protest richtete sich gegen die Verbannung eines „linksradikalen', Studenten auf die Insel. Durch diesen Kampf ist wieder einmal eine faschistische Praktik der römischen Regierung ins Blickfeld geraten. Um sich militanter Kämpfer gegen das kapitalistische System zu entledigen, greift die italienische Bourgeoisie immer häufiger zu dem Mittel, sie auf abgelegene Inseln zu verbannen.

Schweiz: Straßenkämpfe in Basel

Zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei ist es am letzten Mittwoch in Basel gekommen. Um gegen die unverschämte Erhöhung der Straßenbahn-Tarife zu protestieren, hatten die Demonstranten die Schienen der Bahn besetzt. Als die Polizei mit Tränengasgranaten gegen die Menge vorging, wurde sie von einem Steinhagel empfangen. Bei den Kämpfen gab es mehrere Verletzte, darunter — wie berichtet wird — auch sieben Polizisten. Von 35 Festgenommenen wurden fünf in Haft gehalten.



Ostsee: Russische U-Boote mit Atomraketen

Seit über einem Jahr sind sechs russische U-Boote mit Atomwaffen ständig in der Ostsee stationiert. Es handelt sich dabei um Schiffe der „Golf"-Klasse, die mit taktischen Atomraketen — Reichweite ' 200 km — bestückt sind. Wie berichtet wird, patroullieren diese Kriegsschiffe ständig zwischen ihrem Heimathafen Liepaja in Lettland, der schwedischen Insel Gotland und der dänischen Insel Bornholm.

Diese Tatsache wirft ein bezeichnendes Licht auf die Verlogenheit der russischen „Friedens"-Demagogie. Jahr für Jahr rühren die Kremlzaren die Propaganda-, trommel für den Kekkonen-Plan einer atomfreien Zone in Skandinavien. Mit ebensolcher Gleichmäßigkeit preisen sie und ihre Lakaien in Polen und Ostdeutschland ihre Absichten, die Ostsee in ein „Meer des Friedens" zu verwandeln. Jetzt zeigt sich wieder einmal, was Frieden nach Art Moskaus bedeutet: hemmungslose Aufrüstung, russische Geschütze und Atomraketen auf allen Meeren der Welt.

Äthopien: Regime gibt kubanischen Fronteinsatz zu

Der Chef des äthiopischen Militärregimes, Haile Mariam, hat in der letzten Woche zum ersten Mal eingestanden, daß kubanische Söldner an der Front Seite an Seite mit den Soldaten des Regimes kämpfen. Bislang hatten sowohl die äthiopischen Militärs wie auch die Moskauer Sozialimperialisten und das kubanische Regime einen solchen Einsatz stets bestritten. Die kubanischen Söldner, ihre Zahl soll sich inzwischen auf etwa 10.000 belaufen, waren als Touristen getarnt nach Afrika gekommen. Als ihre Präsenz in Äthiopien nicht mehr bestritten werden konnte, machte man sie zu „Technikern", „Beratern" usw. Mit solch schmutzigen Lügen versuchten die Kremlherren und ihre Lakaien die Völker Afrikas zu hintergehen, die gegen die imperialistische Einmischung und den Einsatz von Söldnern, egal ob westlicher oder östlicher, kämpfen.

USA: Streikender Arbeiter ermordet

Wieder ist in den USA ein streikender Arbeiter kaltblütig ermordet worden. Thomas Moss stand auf Streikposten vor den Toren des Bagar-Werks in Cleveland/Ohio. Als er sich weigerte, sich von Angehörigen der Privatpolizei der Bagar-Kapitalisten durchsuchen zu lassen, schoß ihm einer dieser gemieteten Revolvermänner eine Kugel durch den Kopf.

Auch auf die seit drei Monaten im Streik stehenden Bergarbeiter haben die Kapitalisten immer wieder solche Gangster angesetzt. Mindestens sechs Kumpel sind während dieser Zeit ermordet worden. Aber weder der Terror der gemieteten Gangster, noch die brutalen Überfälle von Polizei und Nationalgarde konnten ihren Kampf brechen. Auch die Manöver der reaktionären Gewerkschaftsführer, mit einem verräterischen Tarifvertrag den Streik zu beenden, wurden zurückgeschlagen. Gegenwärtig finden in den Kohlerevieren Urabstimmungen über einen neuen Vertrag statt, der kürzlich zwischen den Kohlebaronen, den Bonzen und Präsident Carter ausgehandelt wurde.

Ägypten: Kampagne gegen die palästinensische Revolution

Immer offener betreibt das ägyptische Regime seine Hetzkampagne gegen den arabischen Befreiungskampf und die palästinensische Revolution. In einer Zeitung des Regimes ist unverhohlen davon die Rede, „der palästinensischen Sache endgültig den Rücken zu kehren". Zum Anlaß für seine Kampagne nimmt Sadat den Anschlag auf Zypern, bei dem ein ägyptischer Politiker den Tod fand. Jetzt versucht das reaktionäre Regime, die palästinensische Befreiungsbewegung dafür verantwortlich zu machen und im Land eine antipalästinensische Hysterie zu entfachen. Die Absicht ist deutlich: Mit diesem Manöver will Sadat Stimmung machen für seine Politik der Kapitulation vor den israelischen Zionisten und ihren amerikanischen Hintermännern. So wird jetzt in den Zeitungen des Regimes offen von der Notwendigkeit eines Separatabkommens zwischen Ägypten und Israel gesprochen.



Spanien



Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die ,,Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus'' (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Griechenland

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Brasiliens Diktator Geisel in Bonn

Faschistische Diktatur sichert westdeutsche Monopolprofite

In dieser Woche wird der brasilianische Faschistenchef Ernesto Geisel die Bundesrepublik bereisen. Die Bonner Propaganda hat für diesen Besuch schon mobil gemacht. Da wird die deutsche Abstammung des Terror-Generals beschworen, an seinen Vater erinnert, einen strengen aber braven Lehrer aus dem Schwäbischen. Rührselige Geschichten, die darüber hinwegtäuschen sollen, daß hier einer der finstersten Gorillas Lateinamerikas zu seinen Bonner Freunden kommt, an dessen Händen das Blut von Abertausenden Werktätigen klebt.

Und was schätzen sie denn so sehr an dieser Kreatur? Vor einiger Zeit brachte das Springers ‚Welt" klar zum Ausdruck, als sie schrieb: „Präsident Geisel verbürgt mit seiner Regierung die Sicherheit des Auslandskapitals." Darum geht es: Um die Milliarden, die von den westdeutschen Monopolen in Brasilien angelegt sind, um die Riesenprofite, die sie aus der Ausbeutung der brasilianischen Arbeiter, aus der rücksichtslosen Ausplünderung des Landes erraffen. Heute stehen die imperialistischen Räuber aus Westdeutschland nach den amerikanischen an zweiter Stelle bei der Ausplünderung Brasilien.

Ob VW, Daimler-Benz, Siemens, Krupp, BASF, es gibt keinen großen Konzern, der nicht seine Klauen nach diesem Land ausgestreckt hätte. Und die Herren sind sehr zufrieden mit ihrem Brasilien-Geschäft. So erklärte Mannesmann-Boß Overbeck: „Wir sind überzeugt, daß Brasilien mit seiner Politik der Stabilisierung weiterhin Erfolg haben wird. Das gibt uns die Zuversicht für den weiteren Ausbau unserer Fertigungen in Brasilien." Und worin besteht diese Politik der Stabilisierung, die die Monopolherren so zuversichtlich macht? Sie besteht in der grausamen Unterjochung der Arbeiterklasse und der Landbevölkerung, der Verweigerung der grundlegendsten Rechte wie des Streikrechts, des Rechts auf gewerkschaftliche Betätigung usw. durch die faschistischen Gorillas.

Im letzten Jahrzehnt ist der Reallohn der brasilianischen Arbeiter um die Hälfte gefallen. Und den Kampf der Massen gegen diese Verelendung beantwortet das Geisel-Regime mit Bajonetten und Maschinengewehrfeuer. Genau das ist es, was die westdeutschen Imperialisten an Brasilien so schätzen: billige Arbeitssklaven, die unter den Bajonetten der Diktatur für ihre Profite schuften müssen. Das sind die Bedingungen, unter denen VW do Brasil zum größten Industrieunternehmen Lateinamerikas aufsteigen konnte. Derselbe Volkswagenkonzern, der auch die unter der Knute der südafrikanischen Rassisten stehenden schwarzen Arbeiter ausbeutet und in dessen Aufsichtsrat neben Vertretern der Bonner Regierung auch der IG-Metall-Boß Loderer sitzt.

Wenn Geisel jetzt von seinen Bonner Kumpanen empfangen wird, dann wird eines ihrer Geschäfte im Mittelpunkt der Schachereien stehen: der berüchtigte deutsch-brasilianische Atomvertrag. Acht Atomkraftwerke wollen die westdeutschen Imperialisten bis 1990 an Brasilien verkaufen, dazu noch Anlagen zur Anreicherung von Uran und zur Wiederaufbereitung der verbrauchten Brennstäbe. Allein für die Kraftwerke werden 20 Milliarden Dollar in die Taschen der westdeutschen Monopole fließen. Vom faschistischen Regime wird dieses Geschäft als entscheidender Schritt zur Festigung der Unabhängigkeit gepriesen. Aber wie sieht es wirklich aus?

Der Atomvertrag sichert den westdeutschen Imperialisten eine weitgehende Kontrolle der brasilianischen Energiewirtschaft. Darüber hinaus ermöglicht er ihnen die Beteiligung an der Erforschung und Ausbeutung der Uranvorkommen des Landes, eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung des reaktionären Bonner Atomprogramms, einschließlich einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Was der Vertrag für Brasilien bedeutet, hat sich schon jetzt gezeigt: Mehrere Projekte der Errichtung von Wasserkraftwerken wurden gestoppt, Tausende brasilianische Arbeiter und Ingenieure auf die Straße gesetzt. Und das, obwohl die durch Wasserkraft erzeugte Energie um ca. 40 Prozent billiger ist als Atomenergie.

Die Kommunistische Partei Brasiliens sagte zu diesem reaktionären Vertrag: „Hierhinter verbirgt sich grundsätzlich, daß mit Hilfe eines solchen kostspieligen und antipatriotischen Projekts die Bedingungen geschaffen werden, die die Herstellung einer Atombombe ermöglichen. Das nennen die Militärs Festigung der Souveränität. Sie sind wild nach Macht, militärischer Kraft, Modernisierung der Bewaffnung, auf den Besitz der Atombombe als Element ihres Aufstiegs, selbst wenn die Gegenwart und Zukunft Brasiliens geopfert werden. Der Atomvertrag ist ein Verbrechen gegen unser Volk und unser Land." Die Zusammenarbeit der westdeutschen Imperialisten und der brasilianischen Faschisten, ihr atomares Komplott ist gegen die Interessen beider Völker gerichtet. Deshalb müssen sich beide Völker im Kampf gegen die Reaktionäre zusammenschließen.

Nikaragua

Bewaffnete Erhebungen der Massen

Eine neue Stufe haben die Massenkämpfe gegen die faschistische Diktatur in Nikaragua erreicht. Nachdem seit Anfang des Jahres Demonstrationen, bewaffnete Aktionen der Patrioten und ein mehrwöchiger Generalstreik die Herrschaft des Regimes erschütterten, ist es jetzt zu Aufständen der Werktätigen in einzelnen Teilen des Landes gekommen.

In Masaya, einer Stadt mit 60.000 Einwohnern, erklärten die Werktätigen dem Diktator offiziell den Krieg. Sie übernahmen die Kontrolle über ihre Wohnviertel, errichteten Barrikaden und bewaffneten sich mit Gewehren, Macheten und selbstgebauten Bomben. Um ihre Erhebung niederzuwerfen, ging das faschistische Regime mit gnadenlosem Terror gegen die Bewohner von Masaya vor. Die Nationalgarde, eine unter dem Kommando amerikanischer Offiziere stehende Mordtruppe der Diktatur, wurde mobilisiert und rückte mit gepanzerten Fahrzeugen gegen die Stadt vor.

Bomber und Hubschrauber stiegen auf und legten mit Splitterbomben das Indianerviertel Monimbo in Schutt und Asche. Die Hubschrauber waren dem Diktator Somaza, der ja jetzt einen großen Bedarf an Mordwaffen hat, unmittelbar zuvor von den französischen Imperialisten geliefert worden. Heroisch verteidigten die Werktätigen von Masaya ihre Stadt gegen die Terrortruppen des Regimes. 10.000 beteiligten sich nach Meldungen aus Nikaragua an den Kämpfen. Mit ihren einfachen Waffen hielten sie den Angriffen der hochgerüsteten Nationalgarde stand. Einige Stadtviertel von Masaya sind weiter unter der Kontrolle des Volkes.

Zu ähnlichen Gefechten kam es im Verlauf der letzten Woche in mehreren Städten des Landes. In Diriamba wurden dabei mehrere Soldaten des Regimes getötet und verschiedene Einrichtungen der Diktatur in Brand gesetzt. In anderen Städten entwickelten sich machtvolle Massendemonstrationen, bei denen es zu Zusammenstößen mit den bewaffneten Organen der Diktatur kam. Die Universität in der Hauptstadt Managua war von den Studenten besetzt und durch Barrikaden geschützt worden. Truppen der Nationalgarde eröffneten Maschinengewehrfeuer auf die Studenten und ermordeten drei von ihnen.

Als Reaktion auf die bewaffneten Kämpfe, auf den Terror des Regimes, dem in der vergangenen Woche eine unbekannte Anzahl von Werktätigen zum Opfer fiel, flammten überall im Land die Streiks wieder auf, wurde die Universität von den Studenten und Lehrern geschlossen.

In den Kämpfen der letzten Zeit hat sich gezeigt, daß immer mehr Menschen in Nikaragua zu der Überzeugung gelangen, daß mit Massendemonstrationen und Streiks alleine die verhaßte Diktatur nicht zu stürzen ist. Das kann nur durch den anhaltenden bewaffneten Kampf erreicht werden. Seit Jahrzehnten sitzt dem Volk dieses mittelamerikanischen Landes die Somaza-Diktatur im Nacken, vom amerikanischen Imperialismus an die Macht gebracht und bis heute von ihm an der Macht gehalten. Trotz aller heuchlerischen Anklagen gegen die Verletzung der Menschenrechte in Nikaragua, die jetzt aus dem Weißen Haus kommen, trotz der verlogenen Beteuerungen Carters, die Somoza-Diktatur würde keine US-Militärhilfen mehr erhalten, sind es nach wie vor die amerikanischen Offiziere, die Manager der US-Monopole, die das eigentliche Kommando im Land führen.

Somoza, der sich in den Jahren der Diktatur auch persönlich einen riesigen Besitz zusammengeraubt hat, der unter anderem auch Generalvertreter von Daimler-Benz ist, verkauft das Land an die Wallstreetmonopole wie Exxon (Rockefeller) oder ITT. Mit einem Hungerlohn von durchschnittlich 100 Dollar pro Jahr müssen die nikaraguanischen Arbeiter in den Filialen der US-Multis oder den Werken der einheimischen Bourgeoisie schuften. Und ihre Lage wird immer elender: Preissteigerungen von 60% im letzten Jahr, eine Arbeitslosenquote von 36 Prozent zeugen davon.

Unter diesen Bedingungen wird für das Volk von Nikaragua der einzige Ausweg immer klarer: der bewaffnete Sturz des faschistischen Regimes und die Vertreibung seiner imperialistischen Hintermänner. Somaza, so wird berichtet, will jetzt dem revolutionären Ansturm der Massen dadurch begegnen, daß er die revisionistische Partei des Landes legalisiert und in die Regierung aufnimmt. Aber auch ein solches Manöver wird ihn nicht retten können. Es würde nur dazu führen, die revisionistischen Verräter bloßzustellen und weiter zu isolieren.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

III. Parteitag der KP Italiens/ML erfolgreich abgeschlossen

Vom 21. bis 24. Januar 1978 fand in Florenz des III. Parteitag der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten statt. Genosse Fosco Dinucci erstattete dort den Bericht über die Tätigkeit des Zentralkomitees der Partei. Zu diesem Bericht gab es über 100 Diskussionsbeiträge. Zum Abschluß des Parteitages trat das Zentralkomitee zusammen und wählte das Politbüro und das Sekretariat. Zum Generalsekretär wurde Genosse Fosco Dinucci gewählt. Der III. Parteitag der KPI/ML verabschiedete das Statut der Partei, einen Aufruf an die italienische Arbeiterklasse und beschloß einstimmig ein politisches Abschlußdokument, das die revolutionäre marxistisch-leninistische Linie der KPI/ML bekräftigt und unterstreicht.

In dem Abschlußdokument heißt es u. a.: „Der III. nationale Parteitag der KPI/ML fand in einem wichtigen Augenblick des Klassenkampfes in Italien und auf internationaler Ebene statt. Er erörterte alle die Fragen, die die Aufgaben der Partei als bewußte und organisierte Vorhutabteilung des Proletariats betreffen. Die Massen, allen voran die Arbeiterklasse, kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung im immer klareren Bewußtsein, daß die alte Ordnung gestürzt und eine neue Gesellschaft freier und gleichberechtigter Menschen errichtet werden muß. Es ist eine aktuelle Aufgabe, das kapitalistische Joch durch die Revolution zu zerschmettern. In bezug auf die schweren Folgen der Krise, die die gesamte kapitalistische Welt betroffen hat, auf die ständige Verschlechterung der Lebensbedingungen der breiten Massen der Werktätigen wird in dem Dokument betont, daß der Monopolkapitalismus, der private und der staatliche, der Hauptfeind der Arbeiterklasse und der werktätigen Volksmassen ist. Nicht nur die Ausbeutung durch die Monopolbourgeoisie und die reaktionären Klassen im eigenen Land lastet auf dem italienischen Proletariat und dem italienischen Volk, sondern auch die schwere Unterdrückung durch die ausländischen Monopole, die multinationalen Gesellschaften und besonders durch die des USA-Imperialismus.

Die Monopolbourgeoisie, heißt es in dem Dokument weiter, versucht der sich zuspitzenden Widersprüche dadurch Herr zu werden, daß sie ihren Unterdrückungsapparat, die Armee und die Polizei, verstärkt, wobei sie versucht, die Massen mit nutzlosen Versprechungen zu betrügen. Während man die parlamentarischen Formen aufrechterhält, wird der Prozeß der Faschisierung des Staates mit Unterstützung der revisionistischen Führer der KPI und aller bürgerlichen Parteien vorangetrieben.

Im Dokument wird betont, daß die demokratischen Freiheiten gegen die faschistischen Ziele und die Faschisierung des Staates verteidigt werden müssen. Damit, daß sie den Kampf für die Verteidigung der Demokratie mit der Perspektive der Revolution verbindet, ist die Arbeiterklasse die konsequenteste antifaschistische und antiimperialistische Kraft, die ihren Schlag gegen den Kapitalismus richtet, um auch die Wurzeln des Faschismus und Imperialismus zu vernichten. Der antifaschistische Kampf ist eng verbunden mit dem antiimperialistischen Kampf. Besonders der amerikanische Imperialismus betreibt in Italien provokatorische Aktivitäten, mischt sich in alle Bereiche des politischen Lebens des Landes ein und benutzt die NATO-Stützpunkte als Druckmittel. Die amerikanischen und die NATO-Stützpunkte in Italien müssen aufgelöst werden. Sie sind ein Ursprung von Provokationen und stellen eine ständige Kriegsgefahr dar. Sie bedeuten eine flagrante Verletzung der nationalen Unabhängigkeit des Landes. Ebenso müssen auch die Kriegsflotten der beiden Supermächte, der USA und der Sowjetunion aus dem Mittelmeer vertrieben werden.

Was den Kampf gegen den imperialistischen Krieg angeht, betont das Dokument, daß dieser Kampf revolutionär, als fester Bestandteil des Klassenkampfes geführt werden muß. Das Dokument weist jede sozialchauvinistische Propaganda scharf zurück, genauso wie es alle Theorien bekämpft, die den Kampf gegen die beiden Supermächte, die größten Ausbeuter und Unterdrücker der Welt, sabotieren wollen. Alle Theorien, die die Auseinandersetzung zwischen den Klassen vertuschen, wird in dem Dokument betont, sind grundfalsch. Theorien, wie die „Theorie der drei Welten", können unmöglich die strategische Linie einer marxistisch-leninistischen Partei sein. Die „Theorie der drei Welten" ist eine revisionistische Theorie.

Das Dokument unterstreicht die Notwendigkeit, die Einheit und Zusammenarbeit zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien im Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, gegen die Hegemoniepolitik der beiden Supermächte, gegen den Chruschtschow-Revisionismus zu festigen und auszubauen. Es betont die Bedeutung der Festigung der Diktatur des Proletariats und des Aufbaus des Sozialismus in Albanien und erklärt, daß es die Aufgabe aller Marxisten-Leninisten ist, die marxistisch-leninistische Analyse im von Genossen Enver Hoxha auf dem VII. Parteitag der PAA erstatteten Bericht gegen die Angriffe der modernen Revisionisten und Opportunisten aller Schattierungen zu verteidigen. Abschließend heißt es: „Auf der Grundlage der Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin, in der Fortsetzung der Partei von Gramsci mit ihrem militanten Engagement in Italien und auf internationaler Ebene wird sich die KPI/ML als die Vorhut der Arbeiterklasse immer mehr stählen für die proletarische Revolution, für die Diktatur des Proletariats, für den Sozialismus, für den Kommunismus."

Grussadresse des Demokratischen Frauenverbandes Japans

Zum 8. März, dem Internationalen Frauentag, erreichte uns eine Grußadresse des Demokratischen Frauenverbandes Japans. In der Grußadresse heißt es u. a.: „Im Namen des Demokratischen Frauenverbandes Japans und aller japanischen Frauen, die für ihre Befreiung kämpfen, senden wir Euch die wärmsten internationalistischen Grüße. Der 8. März ist der internationale Solidaritätstag der fortschrittlichen und revolutionären Frauen der Welt, die für echte Freiheit und Gleichberechtigung, für echten sozialen Fortschritt kämpfen.

Heute entwickelt sich die Frauenbewegung, die mit der internationalen kommunistischen Bewegung verbunden ist, zusehends. Frauen in verschiedenen Teilen der Welt vereinigen sich in ihren Organisationen und schreiten mit großen Schritten im Kampf für echte Freiheit und Gleichberechtigung, gegen Faschismus und gegen die herrschenden Klassen im eigenen Land voran. Das siegreiche Vorwärtsschreiten der albanischen Frauen bei der großen Sache der völligen Befreiung der Frau in der Welt zeigt uns Frauen der Welt den Weg in die Zukunft und erfüllt uns mit grenzenloser Hoffnung und mit Mut."

Die Grußadresse schildert dann die Lage der Frauen in der sich vertiefenden kapitalistischen Krise in Japan: Die Frauen, heißt es, sind einerseits die ersten, die rücksichtslos entlassen werden. Andererseits werden sie als billigere Arbeitskräfte dazu gezwungen, Arbeiten zu schlechteren Bedingungen anzunehmen, wie Teilzeit- und Gelegenheitsarbeiten und sind einer unerträglichen, verschärften Arbeitshetze ausgesetzt.

Gleichzeitig verschärfen das japanische Monopolkapital und die Regierung die ideologische Bearbeitung der Frauen im Zusammenhang mit einem sogenannten „Japanischen Aktionsplan" nach dem Vorbild des „Internationalen Jahrs der Frau" und versuchen sie mit demagogischen Parolen vor den Karren ihrer reaktionären Politik zu spannen. Alle diese Bemühungen, heißt es in der Grußadresse, zielen darauf ab, die Frauen in den Dienst der Verlängerung des Lebens des Kapitalismus zu stellen.

Aber so wie jede überlebte Zivilisation mit einer neuen schwanger geht, so schafft auch der heutige Verfall und die Verwesung des japanischen Kapitalismus die Voraussetzung für eine neue Gesellschaft — die sozialistische Gesellschaft — und damit die historischen und sozialen Bedingungen für die Befreiung der Frau. Der Kampf der breiten Massen der Frauen, geführt von den Arbeiterinnen, entwickelt sich vorwärts und steht immer klarer unter der Führung der Arbeiterklasse.



Die japanischen Frauen im Kampf: Streik der Arbeiterinnen der Hayashikane-Nahrungsmittelfabrik im Sommer 1977.

In der Grußadresse wird dann betont: Wir sind überzeugt, daß Eure Kämpfe in Eurem Land unzertrennlich mit unserem Kampf gegen Benachteiligung, Unterdrückung, Ausbeutung und Ausplünderung der Frau durch das japanische Monopolkapital und die Regierung verbunden sind. Wir bekämpfen gleichzeitig auch die internationale opportunistische Strömung der „Theorie der drei Welten", die in der letzten Zeit aufgetreten ist. Wir sind vollständig solidarisch mit allen Kämpfen, die Ihr, unsere Schwestern und Genossinnen, in Deutschland, führt. Wir streben beharrlich danach, die Frauen unseres Landes im Geiste des wahren Internationalismus zu erziehen. Die Arbeiterinnen und die breiten Massen der Frauen in unserem Land verstehen sehr gut, daß die Bewegung für die Befreiung der Frau auf der ganzen Welt stürmisch voranschreitet und der große Tag näher kommt, an dem die lange Geschichte der Versklavung und Erniedrigung der Frau ein Ende findet.

Feiern wir gemeinsam den 8. März, den internationalen Kampftag der Frauen. Wir wünschen Euch Erfolge und Siege bei Eurer Sache!

Es lebe die kämpferische Einheit und die revolutionäre Freundschaft der Frauen aller Länder um die Frauen des sozialistischen Albanien!

Es lebe der 68. Internationale Frauentag!

Grussadresse

Dortmund, 24. 2. 1977

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten

Liebe Genossen!

Im Namen unserer gesamten Partei übermittelt Euch das Zentralkomitee der KPD/ML seine brüderlichen, revolutionären Kampfesgrüße zum erfolgreichen Abschluß des III. Parteitages der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten.

Wir beglückwünschen Euch und durch Euch alle Genossen der KP Italiens/ML von ganzem Herzen zu diesem hervorragenden Ereignis. Wir grüßen aus diesem Anlaß das heroische italienische Proletariat, die kämpfenden Volksmassen in Stadt und Land und die revolutionäre Jugend, die, unter der Führung der Arbeiterklasse mit seiner revolutionären Vorhutpartei, der KPI/ML, an der Spitze, berufen sind, die kapitalistische Ausbeuter- und Unterdrückerordnung in Italien durch die proletarische Revolution zu stürzen, die Diktatur des Proletariats zu errichten und den Sozialismus aufzubauen.

Die KP Italiens/ML, die im Feuer des Kampfes gegen den Verrat des modernen Revisionismus geschaffen wurde, hat das von den Togliatti, Longo, Berlinguer und Co. in den Schmutz getretene Banner des Marxismus-Leninismus in Italien wieder errichtet und das Erbe der Partei Antonio Gramscis angetreten.

Wie die gesamte kapitalistische Welt befindet sich auch Italien im Griff einer tiefen, umfassenden Krise, die alle Bereiche der Gesellschaft erfaßt hat. Die Bourgeoisie verschärft die Ausbeutung und Ausplünderung der Volksmassen immer mehr. Sie erläßt reaktionäre Gesetze, verstärkt den Unterdrückerapparat des bürgerlichen Staates und fördert die alten und neuen Faschisten. Sie bereitet den Faschismus vor, um die revolutionären Kämpfe der Volksmassen gegen ihre Ausbeuter- und Unterdrückerordnung mit brutalstem Terror niederzuhalten. Sie hat Italien in den aggressiven NATO-Pakt und die reaktionäre EG eingegliedert und es damit politisch, ökonomisch und militärisch vom amerikanischen Imperialismus abhängig gemacht und zugleich auch dem westdeutschen Imperialismus, dessen wachsender Expansionismus immer mehr die europäischen Völker bedroht, die Tür weit geöffnet.

Von der „Democrazia Christiana" bis zu den modernen Revisionisten Berlinguers bemühen sich die konterrevolutionären Kräfte darum, auf Kosten der Volksmassen einen Ausweg aus der Krise zu finden. Sie bemühen sich mit allen Mitteln, die revolutionäre Organisierung der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen zu verhindern, um die Revolution durch Terror und Demagogie abzuwürgen.

Unter diesen Umständen hat sich die KP Italiens/ML als die konsequenteste Vertreterin der revolutionären Bestrebungen der italienischen Volksmassen erwiesen, hat sie sich als eine Partei erwiesen, die in den vordersten Reihen im Kampf gegen die Bourgeoisie, gegen den Imperialismus und die beiden Supermächte sowie gegen den Revisionismus und alle Feinde der Revolution gestanden hat und steht. Durch ihre Treue zum Marxismus-Leninismus und ihre revolutionäre Aktivität hat die KP Italiens/ML ihre Rolle und ihren Einfluß unter den Massen bedeutend verstärkt.

Liebe Genossen!

Wir deutschen Kommunisten sind mit Eurem Kampf für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus, für die Sache der Revolution und des Sozialismus vollkommen solidarisch und unterstützen ihn von ganzem Herzen. Mit Freude stellen wir fest, daß sich die Verbindungen und die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus ständig entwickelt und gefestigt haben. Die internationalistischen Veranstaltungen im vergangenen Jahr und besonders die gemeinsame Erklärung der fünf marxistisch-leninistischen Bruderparteien vom Oktober 1977 waren in dieser Hinsicht bedeutende Schritte.

Heute, da der Imperialismus, die Bourgeoisie, der Revisionismus und Opportunismus aller Schattierungen große Anstrengungen unternimmt, um die Arbeiterklasse und die revolutionären Völker in Verwirrung zu stürzen, um die Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung zu spalten und den Kampf für die große Sache der Revolution und des Sozialismus zu hintertreiben, ist der Kampf für die Verteidigung der unsterblichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus und für die Einheit der marxistisch-leninistischen Parteien auf dieser Grundlage von größter Bedeutung. Ist es von größter Bedeutung, das Leuchtfeuer des Sozialismus, das sozialistische Albanien und seine Partei der Arbeit mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze, die der Arbeiterklasse und den Völkern der ganzen Welt das großartige Beispiel geben, wie die Diktatur des Proletariats gefestigt und der Sozialismus aufgebaut wird, gegen die Angriffe der modernen Revisionisten und der Opportunisten aller Schattierungen zu verteidigen.

Unsere beiden Parteien kämpfen entschieden gegen den modernen Revisionismus und gegen seine neueste Spielart, die sich auf die sogenannte „Theorie der drei Welten" stützt. Diese von der Führung der KP Chinas ausgearbeitete Theorie ist eine revisionistische, konterrevolutionäre Theorie, die sich gegen die Revolution und den Sozialismus richtet.

Aber wie die Tatsachen zeigen, wird es auch dieser neuen Spielart des Revisionismus nicht gelingen, den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker mit ihren marxistisch-leninistischen Parteien an der Spitze zum Erliegen zu bringen. Die unsterblichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus sind voller Lebenskraft. Der Marxismus-Leninismus wird triumphieren.

Der III. Parteitag Eurer Partei wird dem Kampf der KP Italiens/ML gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die Bourgeoisie, gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und alle Feinde der Revolution und des Sozialismus für ein sozialistisches Italien der Diktatur des Proletariats einen neuen großen Aufschwung geben.

Es lebe die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Der Marxismus-Leninismus wird triumphieren!

Zentralkomitee der KPD/ML

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Erneute Teuerungswelle in der Sowjetunion

Gerade erst, im Dezember vergangenen Jahres, hatte die Sowjetregierung die Preise für viele Haushaltswaren und Güter des allgemeinen Bedarfs um bis zu 25 Prozent erhöht, da fällt die sowjetische Ausbeuterklasse mit einer neuen drastischen Teuerungswelle über die Werktätigen her. Verdreifachung der Kaffeepreise, Verdoppelung der Preise für Kakao, Wein, Parfüm und Benzin und Verteuerung von Autoersatzteilen um 40 Prozent, mit diesen Maßnahmen soll der Besitz eines Autos, der regelmäßige Genuß von Bohnenkaffee usw. mehr denn jeh zu einem für die werktätigen Massen unerschwinglichen Luxus werden, der in zunehmendem Maße der schmarotzenden kapitalistischen Oberschicht vorbehalten bleibt.

Wie die „UZ", die Zeitung der DKP, zynisch lügt, habe die sowjetische Bevölkerung der „Preisregulierung" zugestimmt, und es sei die Nachfrage nach Artikeln des „gehobenen Bedarfs" angestiegen. Also, im Westen leiden die Menschen unter den Preissteigerungen, in der Sowjetunion begrüßt man sie, denn es ist ja eine „sozialistische" Preissteigerung.



Hohe Preise und Warenmangel: Käuferschlange in der SU.

Das will man uns jedenfalls erzählen. Was da gepriesen wird, ist in Wirklichkeit eine staatsmonopolistische Preisregulierung, die vollkommen den Interessen der neuen Bourgeoisie dient. Großartig kommt sich die „UZ" vor, wenn sie rühmt, daß die Preise für Textilien, Schuhe u. a. gesenkt wurden. Was sie verschweigen: Die Produktion dieser Artikel geht in der Sowjetunion laufend zurück. So sind nach Angaben der „Iswestia" allein im 1. Quartal 1977 Textilien und Schuhe im Wert von 200 Millionen Rubel weniger produziert worden als vorgesehen. Was nützen den Sowjetmenschen niedrige Preise, wenn die entsprechenden Artikel Mangelware sind.

Wie verlogen die ganze Preispropaganda der Sowjetrevisionisten ist, wird klar, wenn man sich z. B. die Auswirkungen der Preiserhöhungen für Benzin auf die Lebensmittelpreise ansieht. Dabei muß man nämlich berücksichtigen, daß es in der heutigen Sowjetunion neben der staatlichen Wirtschaft einen Privatsektor gibt, der vom Staat ständig gefördert wird. Er bezieht sich vor allem auf die Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Reiseverkehr. Als z. B. vor einem Jahr die Verkehrstarife für Flugzeuge erhöht wurden, legten die Privatleute, die mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu den großen „freien" Kolchosmärkten geflogen kamen, die Tariferhöhungen sofort auf die ohnehin schon hohen Preise um. Genauso muß man bei der Benzinpreiserhöhung mit einer Verteuerung landwirtschaftlicher Produkte rechnen. Nur erscheinen die nicht in der Statistik. Denn die werktätigen Massen können sich ihr Gemüse wegen der hohen Preise auf dem Markt in der Regel nur in den staatlichen Läden kaufen, wo die Qualität außerordentlich schlecht ist. Und so verkündet die „UZ" frech, die Preise für Grundnahrungsmittel wären stabil geblieben.

Aber auch unabhängig von der Frage des Privatsektors ist das eine Lüge. Die Revisionisten gehen nämlich genauso vor wie ihre Vorbilder in den westlichen Ländern. Sie erhöhen die Preise scheibchenweise. So ist es zwar wahr, daß die Verkehrstarife bei den jetzigen Maßnahmen unverändert blieben. Sie sind aber erst 1977 erhöht worden. Oder nehmen wir die staatlichen Preise für Fleisch und Gemüse, die erst im November 1976 um 32 Prozent bzw. 23 Prozent erhöht worden waren. Und wenn z. B. behauptet wird, die Mieten selbst für Neubauwohnungen seien seit Jahren unverändert niedrig, so muß man einmal feststellen, daß man nur über Beziehungen und Schmiergelder an diese neuen Wohnungen herankommt.

Die Ursache der ständigen Preiserhöhungen in der Sowjetunion liegt darin, daß die heutige sowjetische Wirtschaft eine vollkommen kapitalistische Wirtschaft ist, in der das Gesetz des Maximalprofits herrscht und die dementsprechend auch alle Übel des Kapitalismus wie z. B. auch die Preistreiberei hervorbringt. Diese Entwicklung steht in völligem Gegensatz zu der Zeit, in der Stalin die Sowjetmenschen auf dem Weg des Sozialismus führte. Damals war es möglich, daß der Staat der Diktatur des Proletariats von 1947 bis 1954 durch eine beständige Preissenkungspolitik die Einzelhandelspreise der Grundnahrungsmittel um rund 65 Prozent senkte! Nur der Sturz der Herrschaft der neuen Bourgeoisie und die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion kann diese Verhältnisse zurückbringen.

Schwere Zerstörung im Paderborner Land

NATO-Panzer verwüsten Äcker

Fährt man im Frühjahr oder Herbst durch das Paderborner Land, traut man seinen Augen nicht: Felder und Wiesen sind verwüstet, Zäune zerfetzt, Straßen verschlammt. In diesem Frühjahr war es für einige Bauern besonders schlimm. Korrespondenten des „Roten Morgen" sprachen mit den am meisten Betroffenen.

Ein Bauer und seine Frau erzählten: „Seit Mitte Februar sind hier mal wieder Manöver. Z. Zt. sind nur die Holländer unterwegs, aber dabei bleibt es nicht. Wenn die einen fertig sind, fangen die nächsten an: Briten, Belgier und Amis, einer nach dem anderen. Und das zweimal im Jahr. Das schlimmste ist, wir wissen nie genau, wann und wo sie auftauchen und was sie alles anrichten. Mein Land z. B. liegt für die NATO ‚ideal'. Es grenzt direkt an eine NATO-Basis, die ‚wunderbar versteckt' im Wald liegt. Neulich abends rief mich mein Feldnachbar an und sagte, ich solle schnell kommen, die Panzer machten mein ganzes Land kaputt."

Tatsächlich hatte der Nachbar 27 schwerste holländische Panzer auf einmal gezählt, die sich zum Abschluß einer Einzelübung ein ‚Gefecht' auf den Feldern lieferten. Die Panzerketten gruben sich fast metertief in den aufgeweichten, vom Schnee bedeckten Boden ein. Lastwagen und Jeeps steckten zum Teil fest und mußten aus dem tiefen Lehmboden herausgezogen werden. Die Bauern traf fast der Schlag, als sie ihre Felder wiedersahen. Bei einem war es besonders schlimm Acht Morgen Land (20.000 qm) waren zerstört. Mit bestelltem Land hatte das nichts mehr zu tun. Der Boden gleicht einer Kraterlandschaft. Vereinzelt kann man noch erkennen, daß hier im Herbst schon gesät worden und die Saat aufgegangen war. An ein Neubestellen des Bodens ist nicht zu denken. Der Mergel (steinig-lehmige Bodenschicht) liegt nun über dem Mutterboden. Der Boden ist praktisch tot, weil nichts auf ihm wächst. Jetzt muß mit der Raupe planiert und Mutterboden angefahren werden. **„Das müßten sie mal bei den Bonzen in Bonn machen! So quer durch den Garten und alles so kaputt wie bei mir!" war der Kommentar des Bauern.**

Die Bauern haben bisher schlimme Erfahrungen machen müssen. Erst letzten Herbst hatte eine Bauersfrau mit ihren Kindern von einem anderen zerstörten Acker die Steine aufgesammelt und dazu noch Bierflaschen, Konserven, Glasscherben usw. Sie waren von den NATO-Soldaten einfach liegengelassen worden. Es ging sogar soweit, daß durch dicke Scherben Geräte beschädigt wurden. Heute ist dieses Land wieder zerstört worden. Auf die Entschädigung vom Finanzamt für die letzte Verwüstung warten sie immer noch. Es macht den Besatzermächten und den deutschen Behörden auch nichts aus, wenn das Vieh verschwindet, weil die Zäune plattgewalzt sind. „Tagelang haben wir schon Rinder im Wald gesucht. Es hat nichts genutzt. Unser Protest stieß überall auf taube Ohren. Der Einfachheit halber glaubten sie uns einfach nicht. Wir finden, daß ist gemeine Brutalität und Böswilligkeit!" Ein anderer meinte: „Das sind doch Verbrecher!"

Weder Behörden noch Bauernverband kümmern sich um diese Dinge: „Sie machen große Sprüche, und sobald sie den Rücken gekehrt haben, ist alles vergessen. Wir müssen sehen, wie wir unsere Entschädigung bekommen. Im Verhältnis zum Schaden ist sie lächerlich."

Als wir zusammen mit dem Bauern das Feld besichtigten, berichtete er, daß die Beamten mit dem Zollstock Spurbreite und -länge ausmessen und danach die Quadratmeter berechnen, für die es Geld gibt. D. h. für zehn Meter Panzerspur, die 0,5 m breit ist (= 5 qm) gibt es 90 Pfg.! Schadenersatz, da für einen Quadratmeter nur 18 Pfennig gezahlt werden. Und das auch nur, wenn der



Die Panzer sind von der Straße abgebogen und haben das Feld völlig verwüstet. Bild aus dem Paderborner Land, Februar 1978.

Boden schon bestellt ist. Für gepflügtes, aber noch nicht bestelltes Land, gibt es ganze zwei Pfennig pro Quadratmeter. Wobei jedem einleuchtet, daß ein Feld, auf dem mehrere Panzerspuren kreuz und quer laufen, äußerst schwierig zu bearbeiten ist. Der Regen wäscht die Spuren tiefer aus, so daß bei der Ernte die Messer des Mähdreschers in Erde und Steine schlagen und beschädigt werden. Ein Nachsäen ist unmöglich, da das Unkrautvertilgungsmittel ein Aufkeimen der neuen Saat verhindert.

Dem Bauern war klar: „Uns fehlt der Zusammenhalt. Wir brauchen eine Organisation, die uns unterstützt. Jeder allein kann hier nichts erreichen. Wir sind hier zu isoliert. Die Höfe liegen weit auseinander, jeder muß von morgens bis abends hart arbeiten. Da gibt es keinen Acht-Stunden-Tag. Den Arbeitern geht es da schon besser. Die sind zusammen im Betrieb und können auch zusammenhalten, wenn es nötig ist."

Aber der Widerstand wächst. „Ich war bei der Aussaat. An den Anblick von Panzern bin ich ja schon gewöhnt. Deshalb dachte ich mir auch nichts dabei, als einer auf der Straße angefahren kam. Doch plötzlich bog er ab, fuhr aufs Feld und immer vor meiner Maschine hin und her. Mich packte die Wut. Das war zuviel. Ich bin abgestiegen, habe denen gedroht, wenn sie nicht gleich verschwinden würden, würde ich sie zusammenschlagen. Der Panzer drehte ab und fuhr auf der Straße weiter..." Ein anderer schrieb an eine Zeitung und wehrte sich gegen die Machenschaften der Behörden. Unverschämterweise wurde ihm daraufhin die Entschädigung von 18 Pfennig pro Quadratmeter auf 10 Pfg. gekürzt.

Ein Arbeiterehepaar, dem wir von dem Manöverterror gegen die Bauern erzählten, berichtete, daß bei den letzten Herbstmanövern die Bauern aus Büren bei Paderborn einen Abbruch der Panzerübungen erzwungen haben, indem sie die Panzer mit ihren Treckern einkreisten. Das war der erste Zusammenschluß der Bauern gegen den Manöverterror in der Gegend. Es wird bestimmt nicht der letzte gewesen sein.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Besuchen Sie die Parteibüros der KPD/ML!

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.30 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 **DUISBURG** 1 (Hochfeld), Buchladen „Roter Morgen", Paulusstr. 36, Tel.: 0203 / 64796, geöffnet: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 624299, geöffnet. Mi u. Do 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 437595, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12 (Nähe Götzenturm), geöffnet: Di u. Fr 17-19 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo-Dr 9-13 u. 15-18, Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 854124, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 76939, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 535987, geöffnet: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4652807, geöffnet: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.